

Kathrin Dietrich

**Das politische Selbstverständnis von
SozialarbeiterInnen und
SozialpädagogInnen in Studium und Praxis.
Auswirkungen auf professionelles Handeln
in der sozialen Arbeit**

"Weglaufen, Mitlaufen, Amoklaufen?"

Doktorarbeit / Dissertation

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Impressum:

Copyright © 2014 GRIN Verlag
ISBN: 9783656737506

Dieses Buch bei GRIN:

<https://www.grin.com/document/280520>

Kathrin Dietrich

**Das politische Selbstverständnis von SozialarbeiterInnen
und SozialpädagogInnen in Studium und Praxis. Auswir-
kungen auf professionelles Handeln in der sozialen
Arbeit**

"Weglaufen, Mitlaufen, Amoklaufen?"

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

http://www.twitter.com/grin_com

„*Weglaufen, Mitlaufen, Amoklaufen?*“

Das politische Selbstverständnis von SozialarbeiterInnen und
SozialpädagogInnen in Studium und Praxis und die Auswirkungen
auf professionelles Handeln in der sozialen Arbeit

Von der Philosophischen Fakultät
der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
zur Erlangung des Grades einer
Doktorin der Philosophie (Dr. phil.) genehmigte

Dissertation

von Kathrin Dietrich
geboren am 12. 07. 1967 in Hannover

2014

Referentin: Frau Prof. Dr. Elfriede Billmann - Mahecha

Koreferent: Herr Prof. Dr. Hartmut Giese

Tag der mündlichen Prüfung: 19. 06. 2014

Zusammenfassung

Die soziale Arbeit als Beruf wird seit ihrem Bestehen direkt sowie indirekt von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen beeinflusst und ist - mindestens zum Teil - abhängig von den entsprechenden Gegebenheiten. Insofern kann wenigstens das Vorhandensein eines gesellschaftspolitischen Interesses der (angehenden) SozialarbeiterInnen als erforderlich angesehen und als zugehörig zur professionellen Kompetenz verstanden werden.

In der vorliegenden Arbeit wurde untersucht, ob die Studierenden und die Berufstätigen in der sozialen Arbeit über ein politisches Interesse verfügen und ob sie politisches Interesse und Handeln im Allgemeinen und besonders im Hinblick auf ihre (bevorstehende) Berufspraxis als wichtig und notwendig erachten. Die Frage nach einer möglicherweise vorhandenen Gesellschaftsgestaltungsabsicht im Zusammenhang mit der Motivation den Beruf zu ergreifen wurde dabei ebenso einbezogen wie die Definition des „Politischen“ von Seiten der ForschungsteilnehmerInnen. Einen weiteren Aspekt in diesem Zusammenhang stellt die Bewertung der Um- und Durchsetzungschancen politischen Handelns innerhalb und außerhalb der sozialen Arbeit dar. Die Forschungsergebnisse werden vor dem Hintergrund des historischen Kontextes und aktueller (politischer, wirtschaftlicher sowie gesellschaftlicher) Entwicklungen betrachtet. Das Selbstverständnis der Studierenden und Berufstätigen sowie das geforderte professionelle Handeln wird des Weiteren vor der Handlungsbasis betrachtet - also vor der Frage, welche Rolle persönliche Erfahrungen, weitere (der sozialen Arbeit wesensfremde) berufliche Kenntnisse und sozialarbeitsrelevantes theoretisches Wissen spielen.

Als Erhebungsmethode im Rahmen dieser empirisch qualitativen Studie wurde die Gruppendiskussion gewählt. Nach Loos und Schäfer (2001) ist mit der Methode u. a. die Hoffnung verbunden, kollektive Phänomene erfassen zu können. Die Basis für die Auswahl der Gruppendiskussion bot die Grundannahme, nach welcher politische und auch berufliche Einstellungen nicht nur auf Basis von individuellen (etwa biographischen) Erfahrungen entstehen, sondern als Resultat vielschichtiger Aneignungsprozesse betrachtet werden können.

Durchgeführt wurden sieben Diskussionsrunden. In fünf der Gruppen nahmen Studierende der sozialen Arbeit, in zwei der Gruppen SozialarbeiterInnen teil.

Die Ergebnisse aus den Gruppendiskussionen erweisen sich als sehr vielfältig. Ein überwiegendes Desinteresse an politischen Vorgängen und Handeln kann nicht festgestellt werden. Alle TeilnehmerInnen zeigen (in unterschiedlicher qualitativer und quantitativer Gewichtung) Interesse an politischen oder zumindest gesellschaftsrelevanten Fragestellungen in Bezug auf ihren (zukünftigen) Beruf auf. Die Notlagen der Klientel und die Ursachen für bestimmte Notlagen werden im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Bedingungen betrachtet und nicht nur auf individuelle Merkmale oder Abhängigkeiten bezogen. Unterschiede ergeben sich hinsichtlich der Meinung, wie mit den festgestellten Ursachen umzugehen ist. Auf der einen Seite bezieht sich dieses auf die Frage, ob die entsprechenden Gegebenheiten überhaupt im Rahmen der sozialen Arbeit „bearbeitet“ werden sollen und wenn ja, auf welche Art und Weise und mit welcher Methode dieses zu geschehen hat. Hier, aber ebenso unter anderen Gesichtspunkten, ist eine Fixierung auf die Einzelfallhilfe zu beobachten. Der Wunsch sich politisch zu engagieren, ist vielfach vorhanden - jedoch besteht Unsicherheit darüber,

wie dieses geschehen kann und welche Kompetenzen hierfür notwendig sind. An dieser Stelle werden insbesondere die Fachhochschulen gefordert. Im Allgemeinen wird deutlich, dass sich die Personen, die sich eher auf theoretische Inhalte des Studiums beziehen und diese Inhalte auf die praktische Arbeit übertragen können, eine höhere Bereitschaft vorhanden ist, sich im genannten Sinne zu engagieren. Gleichfalls werden von diesen DiskutantInnen Realisierungschancen eher gesehen und als durchsetzbar bewertet. Positiv auf das politische Interesse und Handeln wirken sich zudem die eigene Betroffenheit von bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen, eigene Erfahrungen und Vorbilder aus.

Entgegen der Bereitschaft, sich politisch zu engagieren, steht die Zufriedenheit mit der Lebenssituation in Deutschland oder die Angst vor negativen Konsequenzen auf Grund dieses Handelns. Weiterhin besteht der Eindruck, dass sich die politischen Instanzen nicht mehr am Willen der Bevölkerung orientieren, sondern an anderen Interessen, etwa an wirtschaftlichen.

Resümierend ist festzustellen, dass die theoretischen Inhalte des Studiums - insbesondere das Basiswissen - gestärkt werden müssen. Dieses bezieht sich auch auf die Frage, wie die Inhalte in der Praxis angewendet werden können. Des Weiteren ist eine stärkere Transparenz der Fachhochschulen notwendig - etwa in Hinblick auf Funktion und Aufgaben von sozialer Arbeit als auch in Bezug auf ihre eigene Curricula.

Schlagworte: Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Selbstverständnis, politisches Interesse

Abstract

The profession of social work, from the outset, has been subject to the direct and indirect influence of social, economic and political conditions and depends – at least partially – on the circumstances given at the time. This being the case, we can assume some degree of interest in socio-political issues to be a requirement for (ongoing) social workers and an inherent feature of their professional competence.

The present study investigated whether students and practitioners of social work display such an interest in political issues and whether they consider political interest and action in general and in regard to their (future) professional practice in particular as important and necessary. The research included both the question whether the motivation to enter this particular career might be associated with the desire to engage in shaping society and the question how the research participants define “the political”. Another aspect in this context was how the prospects of successful political action are assessed in terms of the ability to implement and enforce policies within and outside the realm of social work. The research findings are considered in the light of historical and contemporary (political, economic and social) developments. The self-conception of students and practitioners and the professional action demanded of them will furthermore be considered in the light of the foundations of agency – i.e., against the backdrop of the role of personal experience, additional professional knowledge (not related to social work) and theoretical knowledge related to social work.

In this qualitative study, group discussion was the method of choice for data collection. According to Loos und Schäffer (2001), group discussion is associated with the expectation, inter alia, of being capable to capture collective phenomena. The basic assumption underlying this choice of method is that political and professional attitudes do not simply evolve from individual (e.g., biographical) experience only, but are the result of complex processes of appropriation.

The data were collected in seven rounds of group discussions. Five groups were composed of students of social work, and two groups of social workers.

The group discussions yielded rich results. There was no evidence of any prevailing disinterest in political events and action. All participants (to varying qualitative and quantitative degrees) showed interest in political issues or at least in social issues relating to their (future) occupation. They see the hardships of their clientele and the causes thereof as linked to social conditions and not simply as a product of individual characteristics or dependencies alone. There are differences in opinion among the discussants about how to deal with these causes. This involves the question whether the respective circumstances are a subject matter to be addressed in the context of social work and, if so, how and by what means. Here, as in regard to other aspects as well, we see a strict focus on casework. Although in many cases there is a desire to become politically active, there is uncertainty about how to go about this and what skills it requires. This is where particularly the universities of applied sciences are called upon. It becomes clear that it is generally those who are more focused on theoretical content in their studies and are capable of

transferring this content to real work situations who are more inclined to become politically active. These discussants are also the ones who are more likely to see opportunities for realising political goals and to consider them as politically feasible. Other factors that have a positive impact on political interest and action is a situation of being personally affected by certain social conditions, a person's own experiences, and the existence of role models.

Factors that dampen the willingness to become politically active are personal contentment with life in Germany or fear of adverse consequences arising from political involvement. Moreover, the discussants have the impression that the political institutions are no longer attuned to the will of the people but to other interests, for instance, economic ones.

In summary, we can note that theoretical content – particularly basic knowledge – must be strengthened in courses in social work. This also involves the issue of how theoretical content can be translated into practice. Moreover, there is a need for universities of applied sciences to increase transparency, for instance, in regard to the role and tasks of social work, but also concerning their own curricula.

Key words: social work/social pedagogy, self-conception, political interest

Für Klaus - Peter Hirsch (†)

1	Einleitung	9
2	Sozialarbeit und Sozialpädagogik - Einblicke und Rückblicke	14
2. 1	Die Begriffe „Sozialarbeit“ und „Sozialpädagogik“	14
2. 2	Sozialarbeit und Sozialpädagogik im historischen Kontext	17
2. 3	Aktuelle Anforderungen und Herausforderungen	46
2. 3. 1	Bedingungen für die Sozialarbeit und die Sozialpädagogik	47
2. 3. 1. 1	Gesellschaftliche Bedingungen	48
2. 3. 1. 2	Ökonomische Bedingungen	56
2. 3. 1. 3	Politische Bedingungen	62
2. 3. 2	Praxisfelder und Institutionen - zunehmende politische Abhängigkeiten?	69
2. 3. 3	Ziele und Interventionen	72
2. 4	Sozialarbeit/ Sozialpädagogik und Politik	78
2. 4. 1	Die Definition von „Politik“	78
2. 4. 2	Möglichkeiten und Bedeutungen politischen Handelns in der Sozialarbeit und Sozialpädagogik	81

2. 4. 2. 1	Im Bereich der Wohnungslosenhilfe	86
2. 4. 2. 2	Im Bereich der Heimerziehung	91
3	Selbstverständnis, Identitätsentwicklung und Identität von SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen	95
3. 1	Begriffsdefinition	95
3. 1. 1	Selbstverständnis	95
3. 1. 2	Identitätsentwicklung und Identität	96
3. 2	Sozialisation als Bedingungsfaktor	99
3. 2. 1	Eigene Erfahrungen und familiäre Sozialisa- tion	100
3. 2. 2	Hochschule als Sozialisationsinstanz	103
3. 2. 3	Berufliche Sozialisation und Berufskompe- tenz	106
4	Politik, ihre Entwicklung und die Entste- hung politischer Einstellungen	110
4. 1	Politische Entwicklungen in Deutschland	110
4. 1. 1	Politik im Wandel	111
4. 1. 2	Politisches Interesse einst und jetzt	119
4. 2	Politische Wahrnehmung und politisches Lernen	124

4. 2. 1	Politische Bedingungen als Sozialisationsfaktor	124
4. 2. 2	Bereitschaft zu politischem Handeln	127
5	Von der Motivation zur Kompetenz: SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen in der Ausbildung	129
5. 1	Entwicklungslinien und -tendenzen in der Hochschulausbildung und im Studium	129
5. 1. 1	Hochschulen und Hochschulpolitik im zeitlichen Verlauf	130
5. 1. 2	StudentInnenproteste - und was davon übrig blieb	138
5. 2	Sozialarbeit und Sozialpädagogik an Fachhochschulen	152
5. 2. 1	Rückblicke	153
5. 2. 2	Ausbildungsziele und -inhalte	165
5. 2. 3	Wissenschaft, professionelles Handeln und Berufskompetenz	170
5. 3	Studierende der Sozialarbeit und Sozialpädagogik	173
5. 3. 1	Motivationen	174
5. 3. 2	Vorstellungen über das zukünftige Tätigkeitsfeld	177

5. 3. 3	Berufliche Vorerfahrungen	181
5. 3. 4	Persönliche Situationen	183
5. 4	Studium und Politik	186
5. 4. 1	Politisches Interesse	187
5. 4. 2	Politische Aktivitäten	190
5. 4. 3	Politische Einstellungen vor und nach dem Studium	191
5. 5.	Berufseinstieg	193
5. 5. 1	Berufliche Vorstellungen	193
5. 5. 2	Übernahme der Berufsrolle	196
5. 5. 3	Einstellungsänderungen durch die Praxis	197
6	Konzeption und Durchführung der Unter- suchung	199
6. 1	Die ausgewählte Gruppen und relevante Kriterien	200
6. 2	Planung, Verlauf und Auswertung der Unter- suchung	202
6. 2. 1	Grundannahmen und forschungsleitende Ge- danken	203
6. 2. 1. 1	Forschungsstand und Fragestellung der Un- tersuchung	203

6. 2. 1. 2	Die Gruppendiskussion als Erhebungsmethode	206
6. 2. 2	Durchführung der Untersuchung	214
6. 2. 3	Auswertung der Untersuchung	221
6. 2. 3. 1	Kurzprotokoll	221
6. 2. 3. 2	Transkription	223
6. 2. 3. 3	Die Analyse des Diskurses	224
7	Ergebnisse der Untersuchung	232
7. 1	Die ausgewählten Gruppen und ihre Kriterien	232
7. 1. 1	Die studentischen Gruppen	233
7. 1. 2	Die Gruppen der SozialarbeiterInnen	237
7. 2	Berufsrelevante Einstellungen	239
7. 2. 1	Die Motivation	240
7. 2. 2	Probleme der Klientel und die Ursachen jener Schwierigkeiten aus Sicht der StudentInnen und SozialarbeiterInnen	245
7. 2. 3	Die Funktion sozialer Arbeit aus Sicht der DiskussionsteilnehmerInnen	254
7. 2. 4	Aufgaben und Ziele der Sozialarbeit aus Sicht der Studierenden und der Berufstätigen	258
7. 2. 5	Das Verständnis der DiskussionsteilnehmerInnen über die Aufgaben der SozialarbeiterInnen sowie über die Methoden und Inhalte von sozialer Arbeit	263

7. 2. 6	Das Verständnis von Professionalität und Qualität in der sozialen Arbeit sowie die als notwendig erachteten Kompetenzen von SozialarbeiterInnen	265
7. 2. 7	Das Verständnis von Erfolg in der sozialen Arbeit	273
7. 2. 8	Das Ansehen von sozialer Arbeit	276
7. 3	Erwartungen an das Studium und die Bewertung des Studiums und dessen Inhalte	278
7. 4	Erwartungen an die Berufstätigkeit	288
7. 5	Politisches Interesse und politisches Handeln	290
7. 5. 1	Politisches Interesse der (angehenden) SozialarbeiterInnen	290
7. 5. 2	Politisches Handeln der Studierenden und Berufstätigen	294
7. 6	Die Einschätzung politischen Bewirkens - oder: Ist Politik noch möglich?	298
7. 6. 1	Politisches Handeln in der sozialen Arbeit	298
7. 6. 2	Veränderungen von Einstellungen und Verhaltensweisen durch den Eintritt in die berufliche Praxis	310
7. 6. 3	Umstände, die sich auf die politische Partizipation auswirken	318
7. 6. 3. 1	Gesellschaftliche Bedingungen	318

7. 6. 3. 2	Wirtschaftliche und politische Bedingungen	329
7. 7	Demokratische Partizipation und Einverständnis mit dem politischen System in Deutschland	333
7. 8	Einfluss der Fachhochschule auf das politische Interesse und das politische Handeln	339
7. 9	Arbeitsbedingungen in den Institutionen sozialer Arbeit und politisches Handeln	343
7. 9. 1	Möglichkeiten, Vorstellungen in der beruflichen Praxis ein- und umzusetzen	344
7. 9. 2	Identifikation mit dem eigenen Tätigkeitsbereich	346
7. 9. 3	Kritik an der sozialen Arbeit und ihren Bedingungen	348
7. 9. 4	Aktuelle Diskussionen und Herausforderungen in der sozialen Arbeit	350
8	Auswirkungen und Aussichten	352
8. 1	Aspekte und Perspektiven für die soziale Arbeit	353
8. 1. 1	Wandel des Berufsbildes?	353
8. 1. 2	Schlussfolgerungen für das Studium der sozialen Arbeit und für die Fachhochschulen	377

8. 1. 3	Selbstverständnis und Zukunftsaussichten	387
8. 1. 3. 1	Bedingungen für die soziale Arbeit und der Umgang mit ihnen	388
8. 1. 3. 2	Gestaltungsperspektiven	401
8. 1. 4	Im Blickpunkt: Die AdressatInnen der sozialen Arbeit	409
8. 2	Politisches Interesse und politische Ansichten	412
8. 2. 1	Politikverdrossenheit - ist Politik „out“?	413
8. 2. 2	Durchsetzungschancen	424
9	Resümee und Ausblick	429
	Literatur- und Quellenverzeichnis	439
	Anlagen	487

1 Einleitung

„Die Studierenden von heute sind unpolitisch!“ Dieser Satz wurde 1997, in einer Zeit von größeren StudentInnenprotesten, an mich gerichtet¹. Eigentlich wurde er eher nebenbei ausgesprochen, dennoch provozierte der Satz mich so sehr, dass diese Arbeit als ein Resultat der Auseinandersetzung mit dem genannten Ausspruch gesehen werden kann.

Was war es denn aber genau, was mich an der Aussage so störte? „Politikverdrossenheit“ war auch schon damals kein unbekanntes Wort und warum sollte sie ausgerechnet StudentInnen verschonen? Selbst die Resolution der Studierendenschaft an der Fachhochschule (mit dem Fachbereich Sozialwesen), an der ich studierte, sprach in einer ihrer Zieldefinitionen indirekt von einer Politisierung der StudentInnen². Damit war sie bundesweit kein Einzelfall³. Die betreffenden Resolutionen wurden mit großen Mehrheiten verabschiedet⁴ - womit der Widerspruch (zumindest erst einmal) auf der Hand lag. Doch es waren noch andere Widerstände, die die eingangs erwähnte Bemerkung bei mir auslöste: Zum einen war das Bild in Gefahr,

¹ Ich studierte zu dieser Zeit an einer Fachhochschule im Grundstudium und beteiligte mich an den diversen Aktivitäten.

² Vgl. die Resolution der Studierendenschaft der Ev. Fachhochschule Hannover vom 03. 12. 1997. Genau heißt es im letzten Absatz: „Wir brauchen eine andere Politik, eine gesamtgesellschaftliche Veränderung, die sich an den Interessen und Bedürfnissen aller Menschen orientiert. *Wenn wird das erreichen wollen, müssen wir aus der Zuschauerdemokratie heraustreten. Wer soll das tun, wenn nicht wir, und wann wenn nicht jetzt* [sic!]. Wir brauchen ein aktives Bündnis für soziale Demokratie“ [Hervorheb. durch die Verf.]. Nicht unerwähnt bleiben soll hier, dass ich selbst daran beteiligt war, die Resolution zu verfassen. Wie auch heute, distanzierte ich mich bereits damals von der Aussage, da sie m. E. in aller Konsequenz bedeutet hätte, „mich selbst zu bestreiken“.

³ Vgl. diverse Resolutionen der Fachhochschulen und Hochschulen in der Bundesrepublik, exemplarisch die Resolution der Fachhochschule Bochum vom 28. 11. 1997, die Resolution des Fachbereiches Informatik an der Universität Ulm vom 08. 12. 1997, die Resolution der Universität Osnabrück in der erweiterten Fassung vom 12. 12. 1997, die Resolution der Universität Hannover (o. Datum), Flugblätter der Universität Hannover zur Demonstration am 04. 12. 1997, Aussagen in der Würzburger Zeitung Main Post vom 27. 11. 1997, der Frankfurter Rundschau vom 11. 08. 1998 und des „Streikkuriers“ der Universität Hamburg vom 01. 12. 1997.

⁴ Die Resolution der Fachhochschule Bochum wurde beispielsweise mit 90 % der, bei der Vollversammlung 1200 - 1500 anwesenden, Studierenden angenommen (vgl. die „Streik News“ der Fachhochschule Bochum vom 01. 12. 1997), andere Abstimmungsergebnisse zeichneten sich ebenso durch hohe Mehrheiten aus (vgl. auch die Presseerklärung der Studierendenschaft der Evangelischen Fachhochschule Hannover vom 01. 12. 1997 und der Aufruf zur Vollversammlung des AStA der Universität Trier vom 24. 11. 1997).

welches ich mit SozialarbeiterInnen⁵ in Verbindung brachte⁶, zum anderen mein eigenes Selbstverständnis.

Seit ihrer Entstehung ist die Sozialarbeit als Antwort auf das Vorhandensein und den Umgang mit (individuellen) Notlagen zu verstehen. Wird heute nicht mehr davon ausgegangen, dass die Schwierigkeiten der Klientel ausschließlich auf eigenes Verschulden zurückzuführen sind, sondern dass die Notlagen als Resultat gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer⁷ Verhältnisse gesehen werden können⁸, so erscheint mir zumindest ein gesellschaftspolitisches Interesse der SozialarbeiterInnen unabdingbar.

Mit der Abkehr vom Bild selbstverschuldeter Lebenslagen wurden die gesellschaftlichen Bedingungen und politischen Momente für die Sozialarbeit zunehmend zum Thema⁹. In konzeptionellen Überlegungen wurde ein Perspektivenwechsel deutlich. Stichworte wie „Doppelmandat“ und „Funktion der Sozialarbeit“ sind auch heute in Theorie und Praxis immer wieder aktuell und nicht mehr wegzudenken. Auch über das Selbstverständnis (angehender) SozialarbeiterInnen gibt es eine Vielzahl von Untersuchungen. Sie beschäftigen sich u. a. mit den Motiven, die zu der Berufswahl geführt haben, mit Einflüs-

⁵ Im Folgenden verwende ich überwiegend die Berufsbezeichnung der Sozialarbeit, schließe jedoch die Sozialpädagogik ein. Im Rahmen dieser Arbeit werde ich beide Begriffe weitgehend synonym verwenden - es sei denn, eine Trennung ist sinnvoll oder unvermeidlich. Spreche ich von „sozialer Arbeit“ beziehe ich mich ausschließlich auf die Sozialarbeit bzw. Sozialpädagogik, auch wenn dem Begriff an und für sich eine darüber hinausgehende Bedeutung innewohnt. Zum weiterführenden Begriffsverständnis vgl. Kapitel 2. 1.

⁶ Dieses Bild begründete sich aus Erfahrungen, die ich in meiner eigenen Jugendzeit mit SozialarbeiterInnen machen durfte. Ich erlebte sie hier als (politisch) an Gesellschaftsgestaltungsprozessen beteiligt (z. B. in der Jugendzentrumsbewegung) und für mich in einer Vorbildfunktion. Auch als Erzieherin in der Heimerziehung und damit als Kollegin von SozialarbeiterInnen stellte ich mir den Beruf der Sozialarbeiterin nicht nur wegen der theoretischen und wissenschaftlichen Fundierung als erstrebenswert vor, sondern auch wegen der vielfältigen Möglichkeiten der Einflussnahme im Rahmen von sozialer Arbeit.

Mein Idealbild der Sozialarbeiterin bzw. des Sozialarbeiters ließ sich zu Beginn des Studiums so mit folgenden Charakteristika beschreiben: sozial, intelligent und vor allem politisch.

⁷ Hier sei insbesondere an die Schwierigkeiten von geduldeten Flüchtlingen gedacht, die durch die deutsche Asylpolitik gezielt aus gesellschaftlichen Zusammenhängen ausgegrenzt werden. Ist beispielsweise ein Aufenthalt in Sammelunterkünften - teilweise über Jahre - auf engstem Raum vorgeschrieben, so ist von der Herstellung neuer Belastungen und Notlagen auszugehen.

⁸ Vgl. dazu auch Exner 1975, S. 154

⁹ So zum Beispiel in den Fachbüchern „Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen“ von Walter Hollstein und Marianne Meinhold [Hrsg.] von 1973 und „Gefesselte Jugend. Fürsorgeerziehung im Kapitalismus“ des Autorenkollektivs von 1978.

sen der familiären Sozialisation auf Wertvorstellungen, Einstellungen zukünftiger SozialarbeiterInnen etc.¹⁰.

Im Mittelpunkt dieser Arbeit soll die Sicht der Betroffenen - der StudentInnen und SozialarbeiterInnen - stehen; dabei werde ich mich von folgenden Fragestellungen leiten lassen:

Sehen StudentInnen und SozialarbeiterInnen politisches Bewusstsein, Interesse und Handeln, auch im Hinblick auf die Berufspraxis, als wichtig und notwendig an?

Liegt StudentInnen und BerufsanfängerInnen, in ihrer Motivation den Beruf zu ergreifen, eine Gesellschaftsgestaltungsabsicht zugrunde?

Welches Handeln definieren sie als „politisch“ und welche Umsetzungschancen von Gestaltungsabsichten sehen sie in eigener politischer Betätigung und in ihrer (zukünftigen) Arbeit?

Entspricht das eigene Selbstverständnis den Entwicklungslinien in der Sozialarbeit oder verläuft es konträr?

Von welcher Grundlage leiten SozialarbeiterInnen ihr eigenes Handeln ab; welche Rolle spielen persönliche Erfahrungen, theoretische Kenntnisse und frühere berufliche Erfahrungen?

Im ersten Teil meiner Dissertation werde ich auf der Grundlage historischer Rückblicke Entwicklungen in der Sozialarbeit und in der Ausbildung zur Sozialarbeit im Kontext gesellschaftspolitischer Bedingungen nachzeichnen. Da die Sozialarbeit - im Gegensatz zur Sozialpädagogik - in der universitären Ausbildung erst seit kurzem eine

¹⁰ Wie z. B. thematisiert in den Büchern „Werte - Orientierung in der sozialen Arbeit“ von Norbert Wohlfahrt [Hrsg.] des Jahres 1997 und in der Veröffentlichung von Konrad Maier „Berufsziel Sozialarbeit/ Sozialpädagogik“ aus dem Jahre 1995.

Rolle spielt und ich die Einheit von Sozialarbeit und Sozialpädagogik betonen möchte, werde ich mich weitestgehend auf Fachhochschulen beziehen. Die universitäre Ausbildung in der Sozialpädagogik verdient im Kontext geschichtlicher Entwicklungen zudem eine gesonderte Betrachtung¹¹.

Der Hochschule als Sozialisationsinstanz zur Erlangung beruflicher Kompetenz wird im Rahmen dieser Arbeit ein hoher Stellenwert beigemessen. Ich gehe zwar davon aus, dass eigene biographische Erfahrungen¹² wertvoll sind und sich zu einem großen Teil positiv auf die Arbeit auswirken, möchte mich aber dennoch Eberhard Brandt anschließen, wenn er sagt: „[...] soziale Arbeit könne aus einer 'Naturbegabung' geleistet werden, wird hier energisch widersprochen [...]“¹³.

Damit ist es notwendig, die Sozialisationsinstanzen und -einflüsse darzustellen, die zur Entwicklung professioneller¹⁴ Kompetenz der SozialarbeiterInnen beitragen. Hier ist es mir wichtig, die Instanzen selbst im Wandel der Zeit zu betrachten und die Frage zu stellen, inwieweit sie politischen und ökonomischen Abhängigkeiten ausgesetzt sind (ebenso wie andere Institutionen in der sozialen Arbeit) und wie sich das auf die Ausbildung der Studierenden auswirkt. „Schwimmen“ beispielsweise die Lehrenden an den (Fach-) Hochschulen dem aktuellsten „mainstream“ unkritisch hinterher, wird es kaum möglich sein, den StudentInnen kritisches politisches Bewusstsein nahe zu bringen.

¹¹ Vgl. Kapitel 2. 2

Auf die spezifische Ausbildungssituation in der ehemaligen DDR - auch im Bereich der sozialen Berufe - werde ich nicht eingehen, zumal mit der Wiedervereinigung das Schul- und Ausbildungssystem Ostdeutschlands dem des Westens angepasst wurde. Auch die Fachhochschulen und Hochschulen wurden mit dem 01. September 1991 in die Strukturen des westdeutschen Bildungssystems überführt (vgl. Wagner/ Sydow 1991, S. 102).

¹² Wie z. B. in der Arbeit von ehemaligen DrogenkonsumentInnen, die andere Menschen in der Drogenszene betreuen und beraten.

¹³ Brandt 1996, S. 198

¹⁴ Zu dem in meinem Sinne verwendeten Begriff Professionalität vgl. Kapitel 3. 2. 2 und 3. 2. 3.

Richtet sich sozialarbeiterisches Handeln eher danach, was „ökonomisch noch möglich ist“¹⁵, besteht die Gefahr, dass die Klientel dabei immer mehr in den Hintergrund rückt und zum Objekt der Handelnden wird. Eine solche Anpassung an marktwirtschaftliche Kriterien, neben den schon genannten Auswirkungen auf Institutionen und Ausbildungsstätten, könnte ein verändertes Berufsbild zur Folge haben. Beweggründen wie „anderen helfen zu wollen, für mehr Gerechtigkeit eintreten zu wollen, etwas bewirken zu wollen“ o. ä., die in der Vergangenheit immer wieder zu den Motiven der SozialarbeiterInnen zählten¹⁶, kann so womöglich nicht mehr gerecht werden. SozialarbeiterInnen haben Gestaltungsmöglichkeiten und die Möglichkeit auf Gestaltungsprozesse Einfluss zu nehmen. Es ist die Frage, ob sie sie nutzen.

Sehen StudentInnen bzw. SozialarbeiterInnen die Chance, Entwicklungen durch eigenes (politisches) Engagement zu beeinflussen, resignieren sie und wenn ja - warum? Diesen Aspekt behandelt der gegenwartsbezogene Abschnitt der Dissertation. Anhand von StudentInnengruppen und SozialarbeiterInnengruppen wird untersucht, wie sie ihre Handlungsperspektiven einschätzen. Dabei werden stets die Bedingungen für das eigene Leben, das Studium und den Beruf einbezogen.

Ich setze die Ergebnisse der Untersuchung rückblickend mit der Geschichte sozialer Arbeit in Beziehung und überprüfe diese in ihren (möglichen) Auswirkungen auf die Berufspraxis der SozialarbeiterInnen und auf die Ausbildung der StudentInnen der Sozialarbeit.

¹⁵ Ich denke hier z. B. an die zeitlich begrenzte Betreuung von Menschen in Seniorenheimen.

¹⁶ Vgl. etwa Kunow 1981, S. 10 ff. und Maier 1995, S. 61 ff.

2 Sozialarbeit und Sozialpädagogik - Einblicke und Rückblicke

Nach einer Begriffserläuterung von Sozialarbeit und Sozialpädagogik geht es in diesem Abschnitt darum, die geschichtliche Entwicklung der sozialen Arbeit darzustellen. Die Frage nach der Bedeutung politischen Handelns fließt dabei in die Betrachtung ein. Die folgende Standortbestimmung setzt sich mit aktuellen Anforderungen der Sozialarbeit auseinander. Auch hier wird das Verhältnis von Sozialarbeit und Politik betrachtet und anhand zweier Beispiele aus der sozialen Praxis erläutert und diskutiert.

2. 1 Die Begriffe „Sozialarbeit“ und „Sozialpädagogik“

Sowohl die Bezeichnung der Sozialarbeit als auch die Bezeichnung der Sozialpädagogik hat seit ihrem „ersten Auftauchen“ bis zum heutigen Zeitpunkt keine einheitliche Anwendung gefunden. Dabei besteht Unstimmigkeit in der inhaltlichen Ausgestaltung des jeweiligen Begriffs, wie auch in der Meinung darüber, ob diese synonym zu verwenden sind oder aber über einen unterschiedlichen Sinngehalt verfügen.

Die Differenzierung von Sozialarbeit und Sozialpädagogik lässt sich aus den unterschiedlichen historischen Wurzeln der beiden Berufsbezeichnungen herleiten und verstehen. Die berufliche Sozialarbeit findet ihren Ursprung insbesondere in der behördlichen Armenpflege des 19. Jahrhunderts, in der freien Liebestätigkeit, der Wohlfahrtspflege und der Frauenbewegung¹⁷. Dabei kann die Sozialarbeit als Reaktion auf vorhandene Notlagen, wie beispielsweise das vermehrte Auftreten von Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, unzurei-

¹⁷ Vgl. Bock 1997, S. 837

chende Wohnverhältnisse und infolgedessen die Zunahme von Krankheiten in Zeiten der Industrialisierung verstanden werden. Die Arbeitsfelder und Institutionen, in denen eingangs Sozialarbeit geleistet wurde, konzentrierten sich besonders auf Einrichtungen der Wohnungs-, Gesundheits-, Familien-, Säuglings- und Gefährdetenfürsorge etc.¹⁸

Der Begriff der Sozialpädagogik fand erstmalig Verwendung in der Mitte des 19. Jahrhunderts und zwar im Rahmen von Diskussionen innerhalb der Pädagogik¹⁹. Als Antwort auf soziale Umbildungsprozesse, wie etwa einem „drohenden Kulturverfall“²⁰ oder einer entwurzelten Arbeiterschaft²¹, sollten ausdrücklich gesellschaftliche Ziele in die Erziehung der Individuen einfließen, die soziale Bildung sollte von nun an gleichwertig neben der individuellen Bildung stehen²². So richtete sich die Sozialpädagogik zunächst hauptsächlich an Kinder und Jugendliche in Einrichtungen wie Kindergärten und Erziehungsheimen²³.

Betrachtet man die unterschiedlichen Definitionen von Sozialarbeit und Sozialpädagogik (einschließlich ihrer Zielimplikationen, ihres Anwendungsbereiches und ihres Einsatzes in der fachlichen Diskussion) im zeitlichen Verlauf, lassen sich - neben den individuellen Sichtweisen der urhebenden bzw. betrachtenden Person -, die Abhängigkeiten aus den jeweiligen gesellschaftlichen, rechtlichen und politischen Kontexten erkennen²⁴. Klaus Mollenhauer stellt mit Bezug

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Verwendet wurde die Bezeichnung „Socialpädagogik“ zum ersten Mal 1844 von dem Pädagogen Karl Mager in einem sehr umfassenden Sinn, nämlich als „die Theorie der gesamten, in einer gegebenen Gesellschaft vorkommenden Erziehung, einschließlich der Deskription der geschehenden Praxis“ (Mager 1844, zit. in: Kronen 1980, S. 61 f.). Konkretisiert und schriftlich fixiert wurde der Begriff 1850 von dem Pädagogen Adolf Diesterweg im „Wegweiser zur Bildung für deutsche Lehrer“ (vgl. Mollenhauer 1987, S. 7 ff. und 133).

²⁰ Mollenhauer 1987, S. 121

²¹ Vgl. Hornstein 1995, S. 16

²² Vgl. Mollenhauer 1987, S. 7 und Mühlum 2001, S. 18

²³ Vgl. Bock 1997, S. 837

²⁴ Für Alice Salomon (1872 - 1948), die als eine der ersten und prägendsten Wegbereiterinnen der Sozialarbeit als Beruf gilt und darüber hinaus die Begründerin der ersten sozialen Frauenschulen war, war die Sozialarbeit beispielsweise identisch mit der bürgerlichen Frauenbewegung (vgl. Sachße/ Tennstedt 1984, S. 86), sie bezeichnete die Sozialarbeit als „festumrissenen bürgerlichen Beruf [...], der bestimmte Kenntnisse, ein fachliches Können voraussetzt

auf die Sozialpädagogik fest, dass „die Wahl des Begriffs in einer bestimmten geschichtlichen Situation nicht zufällig ist“²⁵ und Eberhard Brandt weist bei der Sozialarbeit darauf hin, dass „Sozialarbeit nicht ein abstrakt gedachtes Konstrukt ist [...]“, sondern „immer nur das ist, was ihr konkret - gesellschaftlich als Aufgabe und Funktion zugewiesen wird“²⁶.

Hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung der Definitionen, Ziele, Aufgaben, Arbeitsfelder und Institutionen lassen sich Überschneidungen erkennen, die eine analoge Verwendung der Begriffe rechtfertigen²⁷. In der beruflichen Praxis ist eine Gleichstellung von Sozialarbeit und Sozialpädagogik zu beobachten²⁸.

Spreche ich im Rahmen dieser Arbeit von Sozialarbeit und Sozialpädagogik, bezeichne ich damit die professionell geleistete Hilfe für Menschen und Gruppen, die auf Grund einer sozialen bzw. gesellschaftlich produzierten²⁹ oder/ und individuellen Notlage notwendig

und die Möglichkeit des Lebensunterhaltes bietet“ (Salomon 1927, S. 4). Weitere Definitionen bezeichnen die Sozialarbeit zum Beispiel als „individuelle Hilfe für Notleidende“ (Pfaffenberger 1966, zit. in: Mühlum 2001, S. 21), „als Erziehung zur sozialen Haltung gegenüber den Mitmenschen“ (Bäuerle 1970, ebd.), „als Hilfe zum sozialen Funktionieren“ (Kamphuis 1973, ebd.), als „social treatment“ - Beratung und Behandlung von Einzelnen, Gruppen und Familien“ (Whittaker 1977, ebd.), „als Verhindern, Beheben und Mildern von persönlichen und gesellschaftlichen Konflikten“ (BSH 1986, ebd., S. 22) oder als Mittel zur „Vermeidung, Aufdeckung und Bewältigung sozialer Probleme“ (DBSH 1997, ebd.). Die Sozialpädagogik verfügt über ebenso zahlreiche Definitionen, sie wird etwa bezeichnet als „alles was Erziehung aber nicht Schule und Familie ist“ (Bäumer 1929, ebd., S. 18), „als Gefährdeten- oder Verwahrlostenpädagogik“ (Wilhelm 1961, ebd., S. 19), „als Pädagogik der Lebenshilfe oder der Notfälle“ (Röhrs 1968, ebd.), „als Praxis und Theorie einer Erziehung“ (vgl. Mollenhauer 1974, S. 19), „als Theorie der Jugendhilfe“ oder aber „als Ordnung der Gesellschaft mit erzieherischen Mitteln“ (ebd. 1977, S. 134).

²⁵ Mollenhauer 1987, S. 14

²⁶ Brandt 1996, S. 165

²⁷ Es ist Markus Engelmann am Beispiel der Jugendhilfe gelungen aufzuzeigen, wie durch eine weitere Trennung der beiden Disziplinen eine Stigmatisierung der Klientel weitergeführt werden könnte, die ihren Ursprung in den Entwicklungsintentionen der Sozialarbeit bzw. Sozialpädagogik als strukturelle Hilfe findet. Demzufolge richtete sich die Sozialarbeit an Adressaten der „unteren Schicht“ (Engelmann 1999, S. 88), die über unzureichende materielle Mittel und Bildung verfügten. Die Mittel, die im Umgang mit der Klientel eingesetzt wurden, waren dabei repressiv und stigmatisierend, um Kontrolle und Herrschaft über diese Gruppe zu sichern. Die Sozialpädagogik hingegen verfolgte die Intention - hier im Falle der Jugendhilfe -, der eigenen bürgerlichen Jugend etwas zu bieten, um sie vor dem Absinken in die Jugendfürsorge zu bewahren, diesem entgegenzuwirken und gleichzeitig die Kontrolle über sie durch die Erwachsenen und ihrer Wertvorstellungen zu sichern (ebd.).

²⁸ Vgl. Erler 2000, S. 16

Auch ich werde - auf der Grundlage der nachfolgenden Definition im Text - die Begriffe in Bezug auf die gegenwärtige Tätigkeit synonym verwenden. Auf Grund der besseren Lesbarkeit verwende ich die unterschiedlichen Bezeichnungen „Sozialarbeit“, „Sozialpädagogik“ oder „soziale Arbeit“ abwechselnd im Text. In Bezug auf die Vergangenheit ist die Unterscheidung zum Teil notwendig, auf die Unterschiede wird insbesondere in Kapitel 2. 2 hingewiesen.

²⁹ Vgl. Gildemeister 1983, S. 105

geworden ist, oder auf Grund eines als defizitär bezeichneten Zustandes eintritt. Die Notwendigkeit sozialarbeiterischer und sozialpädagogischer Intentionen, wie der Umfang und der Einsatz dieser ist abhängig von den jeweils gesellschaftlichen, ökonomischen, politischen und rechtlichen Gegebenheiten. Die beiden Bereiche der sozialen Arbeit bezeichne ich als Teil der staatlichen Sozialpolitik³⁰. C. Wolfgang Müller bezeichnet sie damit auch als „eine entwickelte und kultivierte Form der Vergesellschaftung von ursprünglich privat erbrachten Sozialisationsleistungen und Absicherung gegen Produktionsrisiken“³¹.

2. 2 Sozialarbeit und Sozialpädagogik im historischen Kontext

Wie bereits beschrieben, begründet sich die Entstehung von Sozialarbeit und Sozialpädagogik aus dem Vorhandensein von Notlagen. Dabei ist verallgemeinernd zu sagen, dass die Sozialarbeit ihre Wurzeln in dem möglichst „effizienten“ Umgang mit armen Menschen bzw. mit dem Phänomen von Armut findet und die Sozialpädagogik in ihren Anfängen als Versuch gelten kann, (definierte) Problemlagen mit pädagogischen Mitteln unter Berücksichtigung des gesellschaftlichen Kontextes zu bearbeiten oder zu beheben.

Wird in dem Zusammenhang der Entstehung der Sozialarbeit der Blick auf das Vorhandensein von Armut gelenkt, ist zu beobachten, dass in Armut lebende Personen in allen geschichtlichen Epochen

³⁰ Was unter der Sozialpolitik zu verstehen ist, ist ebenso bis heute nicht eindeutig definiert worden (vgl. Bellermann 2011, S. 16 ff., Exner 1971, S. 236 und Schäfer 1997, S. 890); in Anlehnung an Schäfer, bezeichne ich als „Kern der Sozialpolitik die Einkommensumverteilung durch soziale Sicherungssysteme“ (Schäfer 1997, S. 890). Die Ausgestaltung und Verwendung des Wortes „Sozialpolitik“ ist dabei abhängig vom gesellschaftlichen Wandel bezüglich politischer, ökonomischer, gesellschaftlicher und demographischer Entwicklungen (vgl. Bäcker/ Bispinck u. a. 2000, S. 6) und „von verschiedenen ideologisch fundierten gesellschaftspolitischen Leitbildern geprägt“ (Exner 1971, S.236).

³¹ Müller 1998, S. 12

anzutreffen sind. Deutliche Unterschiede zeigen sich jedoch hinsichtlich des Phänomens der Armut, des Umgangs mit ihr und natürlich auch des Umgangs mit den Menschen, die von der Armut betroffen sind. Über lange Zeitspannen hinweg waren soziale Handlungen gegenüber Menschen, die in Not geraten sind, von religiösen Überzeugungen getragen³². Schon im hohen Mittelalter waren innerhalb der Kirchen Einrichtungen und Organisationen vorhanden, die Hilfeleistungen für Notleidende anboten³³. Die Hilfe für Bedürftige war zu dieser Zeit bereits in einer tausendjährigen christlichen Tradition verankert, in der das Geben von Almosen als religiöse Pflicht bezeichnet wurde. Das Motiv für die Gebenden war dabei das eigene Seelenheil, denn durch diese Mildtätigkeit wurde den Spendenden „himmlischer Lohn“ versprochen. Demnach war allerdings keinesfalls davon auszugehen, dass der Not leidenden Person eine ausreichende Versorgung zukam³⁴. In der mittelalterlichen Gesellschaftsordnung bildeten die Armen einen eigenen Stand und das Verweilen in dieser unteren Position wurde als „natürlich“ bzw. „gottgewollt“ angesehen. Somit waren Ursachen, die in die Notlage geführt hatten, nicht zu berücksichtigen³⁵. Betteln wurde als legitimes Mittel angesehen, sich den notwendigen Lebensunterhalt zu beschaffen. Eine Unterscheidung zwischen „würdigen“ und „unwürdigen“ Armen, wie sie heute - modifiziert ausgedrückt - Anwendung findet, kannte man zu dieser Zeit nicht³⁶. Allerdings sollten die Gaben nur den Menschen zukom-

³² Vgl. Scherpner 1974, S. 51

³³ Vgl. Berger 2001(a), S. 40

Das hohe Mittelalter um 1200 wird häufig als Zeitraum bezeichnet, in dem sich die Entwicklung von sozialer Arbeit nicht nur in der Praxis sondern auch in ihren theoretischen Anfängen zurück verfolgen lässt (vgl. Engelke 1998, S. 26 f.). Da sich im Mittelalter auch die ersten, heute noch gültigen, Staatsformen mit ihren Institutionen herausbildeten, sowie das Emporkommen des Bürgertums zu beobachten war, lassen sich die Wechselbeziehungen in der Entstehung von sozialer Arbeit als Beruf und gesellschaftlichen bzw. staatlichen Entwicklungsprozessen ab dieser Epoche besonders gut nachzeichnen.

³⁴ Vgl. Engelke 1998, S. 33 und Sachße/ Tennstedt 1980, S. 29

³⁵ Vgl. Engelke 1998, S. 33 ff.

³⁶ Vgl. Sachße/ Tennstedt 1980, S. 29 und Scherpner 1962, S. 97

Die Verankerung dieser religiösen Gedanken findet sich im Mittelalter in den Soziallehren des Katholizismus wieder und ist eng verbunden mit dem Namen Thomas von Aquin (um 1225 - 1274). Von Aquin als Verfechter der scholastischen Gesellschaftslehre und der darin enthaltenen Ständeordnung verfügte über einen großen und prägenden Einfluss auf die Sozial- und

men, die sich in einer tatsächlichen - also sichtbaren - Notlage (wie beispielsweise Obdachlosigkeit, Hunger, Krankheit, Gefangenschaft) befanden. Insofern war nicht die Bedürftigkeit Ermessensgrundlage des Almosenspendens, sondern das Symptom war ausschlaggebend³⁷. Das mit dieser Soziallehre im Zusammenhang stehende Staats- und Gesellschaftsverständnis sah eine enge Verbindung zwischen Staat und Kirche vor. Der aufkommende Staat hatte - im Sinne der Scholastik - auch religiöse Aufgaben zu übernehmen. Er sollte das religiöse Leben der Menschen fördern, damit sie ihre Glückseligkeit vor Gott erreichen konnten³⁸.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass soziale Probleme im Mittelalter im Rahmen der Theologie und Philosophie behandelt wurden. Auch die ersten Universitäten, die in Europa im 12. Jahrhundert gegründet wurden, nahmen sich den sozialen Fragen an³⁹. Erweitert wurden die Sichtweisen über den Umgang mit den Notleidenden um pädagogische Gesichtspunkte, als die Humanisten im Hochmittelalter begannen, den Erziehungsaspekt dieser Personengruppe in den Vordergrund zu stellen⁴⁰. Ernst Engelke geht davon aus, dass sich ab jener Zeitspanne die Entwicklung der Sozialarbeit und Sozialpädagogik deutlich nachzeichnen lässt⁴¹.

Schon im 13. Jahrhundert wurden die ersten Formen der beginnenden Industrialisierung sichtbar. Es kam zu einer allmählichen Ausdehnung der Geldwirtschaft, die ihren vorläufigen Höhepunkt im 14.

Wirtschaftsordnung des Mittelalters. Die Thesen von Aquins waren in der Kirche selbst heftig umstritten, da sie den Herrschaftsinteressen zahlreicher Bischöfe und Theologen entgegen sprachen (vgl. Scherpner 1962, S. 29 und Engelke 1998, S. 39).

³⁷ Vgl. Scherpner 1962, S. 27 ff.

³⁸ Vgl. Engelke 1998, S. 34

³⁹ Ebd., S. 27

Etwas später wurde die Betrachtung von sozialen Problemen von der Theologie getrennt und in andere, sich aus der Philosophie neu entwickelten, Wissenschaftsdisziplinen übertragen (ebd.).

⁴⁰ Vgl. Mühlum 2001, S. 21

Das geschah insbesondere im Hinblick auf wirtschaftliche Aspekte (ebd.); demzufolge sollten die in Armut lebenden Personen mit den ihnen zur Verfügung stehenden bzw. zur Verfügung gestellten Mitteln besonders wirtschaftlich umgehen. Insgesamt waren die „Hilfegedanken“ im 12. Jahrhundert sowie die Verwirklichung der „Hilfe“ von dem Interesse der „öffentlichen Ordnung“ dominiert und wirkten sich in der Regel diskriminierend auf die Handlungsadressaten aus (vgl. Peters 1975, S. 152).

⁴¹ Vgl. Engelke 1998, S. 34

Jahrhundert fand⁴². Durch die zunehmende Kapitalisierung der Märkte - einhergehend mit ihrer Veränderung -, den damit verbundenen Wandlungen der Infrastruktur in den Städten, der Entwicklung neuer Berufe und Erwerbschancen wurde die Ordnung, die die Epoche bisher geprägt hatte, verschoben und geriet ins Wanken⁴³. Auf der einen Seite gewann das Bürgertum an wirtschaftlicher Macht und damit auch zunehmend an Selbstbewusstsein und Einfluss, auf der anderen Seite konnte ab der Mitte des 14. Jahrhunderts ein Ansteigen der in Armut lebenden Menschen beobachtet werden. Die Mittel, die bisher zur Bekämpfung der Armut eingesetzt worden waren, erwiesen sich mehr und mehr als untauglich und die Stimmung gegenüber den armen und bettelnden Menschen veränderte sich grundlegend⁴⁴. Das Geben von Almosen wurde nun vermehrt reglementiert und ab dem Jahr 1370 zunehmend verboten⁴⁵. Die Unterstützung der Notleidenden erfolgte jetzt durch städtische Almosenämter, denen neben der Verteilung der Güter nun auch polizeiliche Kontrollen zur Überprüfung der Notstände und zur Kontrolle des Einsatzes der Mittel übertragen wurden. Für die neuen Aufgaben wurden die Ämter personell immer umfangreicher ausgestattet⁴⁶. Sukzessive entstand eine neue Auffassung über die Aufgaben und Ziele der Armenpflege. Es galt nun, die Not der Einzelnen zu beheben, indem sie „entsprechend [...ihrer, *die Verf.*] Arbeitsfähigkeit so weit wie

⁴² Vgl. Sachße/ Tennstedt 1980, S. 38 und Sachße/ Tennstedt 1983 (a), S. 36

⁴³ Vgl. Scherpner 1962, S. 43

⁴⁴ Vgl. Sachße/ Tennstedt 1980, S. 38 und Scherpner 1962, S. 45 ff.

⁴⁵ Die Reglementierung der Unterstützung für arme Menschen wurde in städtischen Bettelordnungen festgehalten. Die erste Ordnung dieser Art entstand ca. 1370 in Nürnberg und verbot das Betteln vor Kirchen. An anderen Orten war es unter bestimmten Voraussetzungen zulässig (beispielsweise zeitlich eingeschränkt und nach einer Bestätigung der Bedürftigkeit einheimischer Bettelnder). Die Zuständigkeit der Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut neben Familie und Grundherrschaft von Kirchen (den Bischöfen und den Klöstern) wurde durch die Städteordnungen nicht berührt. Die Klöster waren bis ins späte Mittelalter die bedeutsamen Zentren für die Armenfürsorge (vgl. Sachße/ Tennstedt 1983 (a), S. 41 f.) und eine Almosenvergabe von Seiten dieser Einrichtungen ist noch im 16. Jahrhundert zu beobachten (vgl. Korff 1983, S. 19). Zunehmend jedoch waren die Kirchen mit der Armenfürsorge (z. B. auf Grund des gestiegenen Bevölkerungswachstums) überfordert und die Städte gewannen hinsichtlich dieser Aufgabe zunehmend an Bedeutung (vgl. Sachße/ Tennstedt 1983 (a), S. 41).

⁴⁶ Ebd., S. 44

möglich verwertet [werden, *die Verf.*]⁴⁷. So wurde die Arbeitspflicht allmählich eingeführt und die Arbeitsunfähigkeit wurde zu dem Empfangskriterium öffentlicher Unterstützungsleistungen⁴⁸. Ab dem 15. Jahrhundert wurden die Grundzüge der bürgerlichen Fürsorge, die sie in Deutschland auch weiterhin bestimmen sollten, immer deutlicher sichtbar⁴⁹. Neben der zunehmenden Restriktion der traditionellen Almosenpraxis⁵⁰ wurde die „Almosenpolitik“ mit erzieherischen Maßnahmen verknüpft. In Armenschulen und Waisenhäusern sollten nunmehr insbesondere die Kinder der armen Leute zur Selbständigkeit und Arbeit umerzogen werden⁵¹. Ausgebaut und modifiziert wurde die behördliche Armenpflege in den Städten insbesondere im 16. Jahrhundert und wirkte sich mit ihren Reformen einschneidend auf den gesellschaftlichen Umgang mit den Armen aus⁵². Zur Zeit des Absolutismus erhob der Staat einen umfassenden Anspruch auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Ordnung einschließlich der Regulierung von Wirtschaft und Armenwesen. Das Armenwesen wurde nun, neben der Zuständigkeit von Gemeinden und Kommunen, auf den Staat übertragen und zunehmend verstaatlicht⁵³. In Verbindung mit der merkantilistischen Wirtschaftsförderung und der armenpolizeilichen Bekämpfung des Bettelns traten die preußischen Zucht- hausgründungen in den Vordergrund. Diese sollten neben den neu gegründeten Werks- und Arbeitshäusern zur Disziplinierung der Armen dienen⁵⁴. Im Laufe des 17. Jahrhunderts begann damit eine

⁴⁷ Scherpner 1962, S. 170

⁴⁸ Vgl. Sachße/ Tennstedt 1980, S. 14

⁴⁹ Vgl. Sachße/ Tennstedt 1983 (a), S. 34

⁵⁰ Vgl. Sachße/ Tennstedt 1980, S. 30

⁵¹ Vgl. Berger 2001(a), S. 45

Der Entwicklungsprozess der Armenfürsorge lässt sich nach Sachße/ Tennstedt mit den Worten der Kommunalisierung, Rationalisierung, Bürokratisierung und Pädagogisierung beschreiben (vgl. Sachße/ Tennstedt 1980, S. 30). Die Bürokratisierung der Armenpflege beruht vor allem auf der Einrichtung eines Verwaltungsapparates, der Trennung von Amt und Person, der Errichtung einer Hierarchie und die Einführung der Aktenführung (ebd., S. 33). In der Institutionalisierung von sozialer Arbeit kommt erstmalig das „Doppelmandat“ - die Hilfe und die Kontrolle innerhalb der sozialen Arbeit zum Ausdruck (vgl. Süner 2000, S. 74).

⁵² Vgl. Sachße/ Tennstedt 1983 (a), S. 34

⁵³ Vgl. Sachße/ Tennstedt 1980, S. 86 und dies. 1983, S. 100

⁵⁴ Vgl. Sachße/ Tennstedt 1980, S. 113 ff.

staatlich legitimierte und gesetzlich verankerte Bestrafung von LandstreicherInnen und BettlerInnen⁵⁵. Die weitgehende Entwicklung zur Verstaatlichung des Armenwesens hatte die auffällige Verdrängung der Kirchen aus den öffentlichen Fürsorgeeinrichtungen zur Folge. Von nun an erfolgte eine Polarisierung der nicht - staatlichen Hilfeorganisationen gegenüber dem staatlichen Armenwesen und die private Wohltätigkeit nahm Konturen an⁵⁶. Mit dem zeitgleichen Aufkommen des Pietismus⁵⁷ geriet erstmalig wieder die Menschenwürde der Bedürftigen wie etwa die der Waisenkinder und Findlinge in den Blickwinkel⁵⁸. Der Pietismus reagierte auf den von seinen AnhängerInnen beobachteten Verfall mit einer intensiveren Hinwendung zum Nächsten und mit religiöser Erziehung. Er prägte weit über das 17. Jahrhundert die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Deutschland⁵⁹. Ebenso hatte der Pietismus einen hohen Einfluss auf pädagogische Erneuerungen und Veränderungen und gilt damit als eine der Wurzeln der Sozialpädagogik⁶⁰. Zum Ende des 17. Jahrhunderts setzte die geistige Strömung der Aufklärung ein und beeinflusste das folgende Jahrhundert tiefgreifend. Das Weltbild, welches bisher noch weit von den Ansichten der mittelalterlichen Kirche dominiert wurde, erfuhr mit seinen Normen, Institutionen und Machtstruk-

⁵⁵ Ebd., S. 30

⁵⁶ Ebd., S. 130

⁵⁷ Bei dem Pietismus handelt es sich um eine religiöse Erneuerungsbewegung innerhalb der protestantischen Kirchen, die sowohl nachhaltigen Einfluss auf die Entwicklungen in der lutherischen und der reformierten Kirche als auch auf das gesellschaftliche und kulturelle Leben in den kontinentaleuropäischen Ländern ausübte (vgl. Wallmann 2005, S. 21; zum Begriffsverständnis des Pietismus und der damit zusammenhängenden Kritik vgl. ebd., S. 22 ff.). Mit dem Pietismus verbunden war das Ziel der „Erneuerung des frommen Lebens“ (Gryger 2013, S. 5), welches sich sowohl auf das individuelle als auch auf das gemeinschaftliche Leben auswirken sollte und auswirkte (vgl. Wallmann 2005, S. 21 und Gryger 2013, S. 5 f.). Als Begründer des lutherischen Pietismus gilt Jacob Spener (1635 - 1705) (vgl. Gryger 2013, S. 8 ff. und Wallmann 2005, S. 67 f.).

Die „Blütezeit“ des Pietismus mit seinem Einfluss auf die (Sozial-) Pädagogik sieht Klaus Mollenhauer erst in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts, als sich die Gemeinschaftsformen aufgrund der Industrialisierung änderten und sich der bereits erwähnte Verfall des religiösen und gesellschaftlichen Lebens deutlicher als je zuvor bemerkbar machte (vgl. Mollenhauer 1987, S. 24).

⁵⁸ Vgl. Buchkrepmer 1982, S. 93

⁵⁹ Spreche ich von „Deutschland“ benutze ich die Bezeichnung synonym zu den jeweiligen historischen Epochen, es sei denn, es ist sinnvoll oder notwendig, eine sprachliche Unterscheidung zwischen „Deutschem Reich“, „Weimarer Republik“ oder „BRD“ zu verwenden.

⁶⁰ Vgl. Engelmann 1999, S. 11

turen zunehmend an Kritik. Die geistesgeschichtlichen Theorien der Aufklärung wurden vor allem vom Bürgertum getragen und fanden Unterstützung in den aufstrebenden Naturwissenschaften. Als handlungsleitend galt jetzt die „menschliche Vernunft“ und das Vertrauen auf die „unbegrenzte Erkenntnisfähigkeit des Menschen“⁶¹. Die hieraus erwachsene Ansicht, dass jeder Einzelne in der Lage sei, seine Verhältnisse selbständig zu regeln und es aus eigener Kraft möglich wäre, die vollkommene „irdische Glückseligkeit“ zu erreichen, begründete ein starkes Interesse an Erziehung und Bildung der Bevölkerung⁶². In die Kritik an den traditionellen gesellschaftlichen Strukturen flossen Ansprüche nach Meinungsfreiheit und Toleranz ein, die in einer umfassenden Gesellschaftskritik mündeten und politische Forderungen beinhalteten. Die Theorie implizierte Lehren über Volkssouveränität sowie Widerstandsrecht gegenüber ungerechter Herrschaft, erschütterte somit die Regierungsform des Absolutismus und bot dem aufstrebenden Bürgertum eine geeignete und wirkungsvolle Rechtfertigungsbasis⁶³.

Die Armenpflege als öffentliche Unterstützung war nun umfassend anerkannt und geriet ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts unter die Einwirkung von Denkmodellen wie sie Adam Smith, David Ricardo und Thomas Malthus vertraten⁶⁴. Den Theorien zur Folge hieß es, dass sich die Bevölkerung „am Gesundesten“ entwickeln würde,

⁶¹ Bibliographisches Institut/ F. A. Brockhaus AG [Hrsg.] 2002, Schlagwort: „Aufklärung“ und Stahmann 2005 in: <http://www.grin.com/de/e-book/43945/immanuel-kant-paedagogik-im-Sinne-der-aufklaerung> [30. 08. 2013]

⁶² Vgl. Bibliographisches Institut/ F. A. Brockhaus AG [Hrsg.] 2002, Schlagwort: „Aufklärung“. Der Ruf nach mehr Erziehung und Bildung hatte in seiner Konsequenz dabei durchaus eine gesellschaftsverändernde Absicht (ebd.).

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Vgl. Sachße/ Tennstedt 1980, S. 227 und Müller 1998, S. 107
Adam Smith war britischer Morawissenschaftler und lebte von 1723 - 1790, David Ricardo wurde ebenfalls in England geboren und betätigte sich als Volkswissenschaftler, Thomas Malthus lebte von 1772 - 1823 und war britischer Nationalökonom und Sozialphilosoph (zu weitergehenden Informationen vgl. Bibliographisches Institut/ F. A. Brockhaus AG [Hrsg.] 2002, Schlagwörter: „Smith, Adam“ bzw. „Ricardo, David“ und „Malthus, Thomas Robert“). Insbesondere die Theorie von Malthus hatte noch über das gesamte 19. Jahrhundert einen enormen Einfluss auf die praktische Ausgestaltung der Armenpflege und der Fürsorge und ließ sich erst zum Ende des Jahrhunderts allmählich zurückdrängen. Hans Scherpner spricht 1962 davon, dass sich die Ausläufer der Theorie „bis in die heutige Zeit beobachten [lassen, die Verf.]“ (Scherpner 1962, S. 114).

wenn sich der Staat weitestgehend aus den „natürlichen Gesetzen“ heraushielte. Für den Umgang mit den Notleidenden war die Folge, dass sie, die nun als „arbeitsunwillig“ und „arbeitsunfähig“ galten, nach dieser Sichtweise keine Unterstützung mehr erhalten sollten. Begründung fand die Ansicht darin, dass die Armen und Notleidenden (und mit ihnen die Armut) aussterben würden, wenn man sie „nicht durch falsch verstandene, christlich motivierte Nächstenliebe am Leben erhält und sie noch dazu ermutigt, möglichst viele Kinder zu erzeugen“⁶⁵. Im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts kam es so- dann zu Reformen des Armenwesens, die die Arbeitsverpflichtung der - von der Armut betroffenen - Personen in den Vordergrund stellten und das „Prinzip der Ehrenamtlichkeit“ der ArmenpflegerInnen einführten⁶⁶. Durch die fortschreitende Industrialisierung kam es zu einem Ansteigen der Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands „der Arbeit nach“⁶⁷, wodurch sich nicht nur die Anforderungen an die Versorgung der Notleidenden⁶⁸ änderten, sondern auch die traditionellen Strukturen der Lebensformen. Die Großfamilie, wie in der Zeit der Feudalherrschaft üblich, konnte weitgehend nicht mehr existieren. Es entstand die bürgerliche Kleinfamilie, die allerdings - auch auf Grund der veränderten ökonomischen Abhängigkeiten -, nicht mehr in der Lage war, die zuvor geleisteten umfassenden Erziehungsaufgaben zu bewältigen⁶⁹. Ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts emanzipierte sich auch die Pädagogik von der Philoso-

⁶⁵ Müller 1988, S. 107

⁶⁶ Vgl. Sachße/ Tennstedt 1980, S. 125

Das „Prinzip der Ehrenamtlichkeit“ beinhaltete den Einsatz ehrenamtlicher Kräfte auf „allen Ebenen“ der Armenfürsorge und bedeutete nicht nur die inhaltliche Veränderung der Hilfeleistungen, sondern wies insbesondere auf den Wandel politischer und gesellschaftlicher Strukturen hin. Wurde die Armenpflege, und damit das gesellschaftliche Phänomen der Armut, seit den Reformen des 15. und 16. Jahrhunderts unter die Obrigkeit der politischen Gewalt des Staates gestellt, so konnte mit der neuen Entwicklung das Auseinander treten von Staat und Gesellschaft nachvollzogen werden (ebd., S. 128).

⁶⁷ Vgl. Müller 1988, S. 134 f.

⁶⁸ Bisher galt bei der finanziellen Unterstützung das sog. „Heimatprinzip“, mit welchem die Herkunftsgemeinde der Betroffenen für ihren Unterhalt zuständig war. Der fortschreitende Kapitalismus aber verlangte flexible Arbeitskräfte, so dass das traditionelle Prinzip der Armenunterstützung die Kapitalbewegung behindert bzw. ihr entgegen gewirkt hätte (ebd.).

⁶⁹ Vgl. Blanke/ Sachße 1978, S. 18

phie und Theologie in den Universitäten und bildete sich damit als eigenständige Wissenschaftsdisziplin heraus. Innerhalb der Pädagogik stabilisierten sich bürgerliche Konzepte von „Kindheit“, die selbige als eigenständige Lebensphase und als höchst sensiblen und lebensgeschichtlich prägenden wie folgenreichen Zeitabschnitt ansahen⁷⁰. Zeitgleich gewann der Begriff der Familie eine Gefühlsbetonung, die zu vorhergehenden Zeiten nicht üblich war⁷¹, „Kindheit“ und „Mütterlichkeit“ wurden verbunden und im Bereich der Familie als unzertrennbar angesehen⁷². Die bürgerliche Frauenbewegung, welche als eine Wurzel der (beruflichen) Sozialarbeit gilt, formierte sich in ihren Anfängen zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Als Basis ihrer Anschauungen und Forderungen galt das Persönlichkeitsideal der europäischen Aufklärung und die politischen Leitprinzipien der französischen Revolution⁷³. Die Frauenbewegung stellte das „Prinzip der Mütterlichkeit“ der sich ausweitenden und immer stärker einflussnehmenden technischen Rationalisierung entgegen und wollte ihrem Selbstverständnis zur Folge als Gegenpol zur Industrialisierung und ihren Folgen wirken. Auch in der Pädagogik fasste dieses „Mütterlichkeitsprinzip“ Fuß⁷⁴. Nicht zuletzt aus Angst vor sozialen Unruhen, ausgelöst durch die Verarmung großer Bevölkerungsmassen, und der Angst vor einem Übergreifen der frühsozialistischen Ideen aus

⁷⁰ Vgl. Sachße 1994, S. 103 f.

⁷¹ Vgl. Brunner 1956, zit. in: Blanke/ Sachße 1978, S. 18

⁷² Vgl. Sachße 1994, S. 103

Sachße spricht davon, dass sich das bürgerlich - pädagogische Konzept der Kindheit auf die spezifische Rolle der Frau in der Familie richtete. „Über die Bestimmung des Wesens der Frau als eines ‘Familienwesens’ ließ sich [...] die faktische Ungleichbehandlung der Frau, ihre juristische Entmündigung legitimieren“ (Sachße 1994, S. 104).

⁷³ Vgl. Bibliographisches Institut/ F. A. Brockhaus AG [Hrsg.] 2002, Schlagwort: „Frauenbewegung“ und Karl 2011, S. 9 f. und S. 17 ff.

Die Organisation der Frauenbewegung konnte in Deutschland etwa zeitgleich - bzw. in der Folge - zur Zeit der Revolution um 1848 und einhergehend mit den derweilig liberalen Bestrebungen beobachtet werden. Der Gegenstand der bürgerlichen Frauenbewegung war die Stellung der Frau im Berufs- und Bildungswesen, ihre Stellung in der Ehe und Familie sowie im politischen Leben. Entgegen des radikaleren linken Flügels der Bewegung stellte die bürgerliche Frauenbewegung die Hervorhebung des „spezifischen Wesens“ der Frau in den Vordergrund (vgl. Engelmann 1999, S. 27 und Sachße 1994, S. 101), das dem Begriff der „Mütterlichkeit“ immanent ist.

⁷⁴ Vgl. Engelmann 1999, S. 14

Die „Mütterlichkeitspädagogik“ innerhalb der genannten Fachdisziplin wurde von Friedrich A. Fröbel (1782 - 1852) eingeführt und vertreten (ebd.).

England und Frankreich auf Deutschland, sollten auch in der Erziehung soziale Phänomene berücksichtigt werden⁷⁵.

Insgesamt kann das 19. Jahrhundert in Deutschland als eine Zeit betrachtet werden, die neben umfassenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen gravierende politische Reformen mit sich brachte. Der weit tragende Durchbruch des Kapitalismus brachte neue Formen der Armut zum Vorschein und in der Folge neue Modelle ihrer Bewältigung⁷⁶. Dabei setzte sich langsam die Erkenntnis durch, dass die Armut nicht unbedingt auf individuelles Fehlverhalten oder Ähnliches zurückzuführen sei, sondern auch als ein Resultat gelten kann, das seine Bedingung in der Veränderung des gesellschaftlichen- und wirtschaftlichen Gefüges findet⁷⁷. Die Frage nach den Ursachen der Armut wurde sodann in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Gegenstand aller politischen Debatten⁷⁸. Armut als Politikum führte zu einem Paradigmenwechsel im Hinblick auf die Aufgabe des Staates bezüglich des Umgangs mit ihr. Aus der zuvor vornehmlich caritativen Leistung wurde nun eine staatliche Verpflichtung abgeleitet, die mitunter als ein Ausgangspunkt der Verberuflichung und Professionalisierung von Sozialarbeit und Sozialpädagogik gesehen werden kann⁷⁹. Hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung der Armenfürsorge und der Mittelzuteilung an die betroffenen Personen gewann zur Mitte des 19. Jahrhunderts das Prinzip der Trennung von Außen- und Innendienst an Bedeutung. Jener Grundsatz beinhaltete das Aufsuchen der oder des Hilfebedürftigen in der eigenen Wohnung durch den Außenmitarbeiter⁸⁰, der den Bedarf der be-

⁷⁵ Ebd., S. 11 und Mollenhauer 1987, S. 11

⁷⁶ Vgl. Sachße/ Tennstedt 1983 (b), S. 173

⁷⁷ Vgl. Scherpner 1962, S. 137 f.

⁷⁸ Vgl. Achinger 1979, S. 3

⁷⁹ Vgl. Engelman 1999, S. 21

⁸⁰ Die kommunale Armenfürsorge wurde in ihren Anfängen ehrenamtlich ausgeübt und sukzessive auf hauptamtlich Tätige übertragen und war hier ausschließlich den Männern vorbehalten. Frauen, die den Wunsch hatten, sich sozial zu engagieren, wurden auf die privaten Wohlfahrtsvereine verwiesen (zu der nicht - öffentlichen Wohltätigkeit, vgl. auch Anm. 87). Wolfgang Müller spricht davon, dass es sich bei der Tätigkeit zumindest in Preußen, um eine „Art patriotischer Frauenpflicht“ (Müller 1988, S. 137) gehandelt habe. Eingesetzt wurden die Frauen insbesondere in der Krankenpflege, Altenpflege, in Erziehungsheimen oder Kinderheimen (vgl.

troffenen Person zu ermitteln und zu überprüfen hatte und in der Folge das Ergebnis seiner Tätigkeit an den Innendienst mit einer Empfehlung weiterleitete. Auf dieser Basis entschied der Innendienst dann über den zu gewährenden oder - häufiger - nicht zu gewährenden Anspruch⁸¹. Institutionalisiert wurde die neue Organisationsform erst im sog. „Elberfelder System“⁸² und nachfolgend im „Straßburger System“⁸³. Bereits dem Elberfelder System wird im Bezug auf die Entwicklung der Wohlfahrtspflege und der beruflichen Sozialarbeit bis hin zur heutigen Gestalt eine große Bedeutung zugesprochen. Auch die Pädagogik mit dem gezielten Einwirken auf eine Verhaltensänderung der Hilfesuchenden etwa in Bezug auf eine „effiziente Leistungsverwertung“ seitens der Betroffenen wurde diesem System immanent⁸⁴. Einhergehend mit den Entwicklungen und Reformen bildete sich die Forderung nach einer wissenschaftlichen Untersuchung der beobachteten Phänomene und eine Fundierung der Erkenntnisse auf wissenschaftlicher Basis heraus⁸⁵. Neben der öffentlichen Armenpflege entstanden zum gleichen Zeitpunkt vermehrt neue Hilfe-einrichtungen und eine eigenständige private Fürsorge begann sich zu institutionalisieren⁸⁶.

Müller 1988, S. 137).

⁸¹ Ebd., S. 180

⁸² Das System wurde in der Stadt Elberfeld 1852 durch eine neue „Armenordnung“ eingeführt und baute auf den Grundsätzen der Dezentralisierung, Individualisierung und der Ehrenamtlichkeit auf (vgl. Helfer 1997, S. 257). Nach einem Rundschreiben im April 1867 war das Ziel des Systems die „Förderung des wirklichen Wohlstands der Hilfebedürftigen“ (Sachße/ Tennstedt 1980, S. 215). Nach seiner Einführung wurde das Modell von mehreren Städten übernommen und teilweise modifiziert (vgl. Helfer 1997, S. 257).

⁸³ Aufbauend auf das Elberfelder System löste das sog. „Straßburger System“ 1907 das Elberfelder Modell ab. Besonders die Gründung des Deutschen Reiches 1871 hatte eine Vergrößerung der Städte und den massenhaften Zuzug der proletarischen Armutsbevölkerung zur Folge, so dass die traditionelle Armenfürsorge haltlos überfordert war (vgl. Sachße/ Tennstedt 1988, S. 23). Die Modifizierung des Armenwesens, welche sich in diesem neuen System manifestierte, übertrug vor allem die Entscheidung über die Zuwendung von Leistungen an Hilfesuchende und -bedürftige auf ein städtisches Armenamt und ersetzte die ehrenamtlichen Kräfte - zumindest bei den „schwierigen Fällen“ - durch bezahlte hauptamtlich Tätige (vgl. Müller 1988, S. 136 f.). Das neuartige System erforderte u. a. umfassende Rechtskenntnisse und Kenntnisse der neuen umfangreichen Verwaltungsstruktur, womit die Ehrenamtlichen häufig überfordert waren (vgl. Helfer 1997, S. 257 und Orthbandt 1997, S. 932).

⁸⁴ Vgl. Engelmann 1999, S. 23

⁸⁵ Vgl. Sachße/ Tennstedt 1983 (c), S. 180

⁸⁶ Vgl. Scherpner 1962, S. 177

Ein Gründungsursprung der privaten Wohlfahrtspflege kann in dem Unvermögen der Städte gesehen werden, zu Zeiten der enorm anwachsenden Industrialisierung mit der aufkommenden Massenarmut, den Wanderungsbewegungen, den Veränderungen der Infrastruktur etc. im Sin-

Vor allem die Gründung des Deutschen Reiches 1871 und die Sozialpolitik Otto von Bismarcks übte nachhaltigen Einfluss auf die Wohlfahrtspflege im Speziellen und der Sozialarbeit bzw. Sozialpädagogik im Allgemeinen aus. Die Reichsgründung und die (nachfolgende) - auch durch sie begünstigte - Entwicklung (etwa dem steten Industriewachstum bis hin zur „deutschen Industriegesellschaft“ mit ihren neuen Ballungsräumen), hatte wiederum weitreichende soziale und kulturelle Konsequenzen⁸⁷ und schuf neue Erfordernisse für den Umgang mit den auftretenden Problemen und beinhaltete neue Anforderungen an die soziale Arbeit. Die Sozialreform von Bismarck, die mit ihren Versorgungs- und Versicherungsprinzipien als Reaktion auf die Angst einer stärker werdenden (organisierten) Arbeiterschaft gesehen werden kann und etwa zeitgleich mit der Einführung des „Sozialistengesetzes“⁸⁸ einherging, verbesserte die Lage der ArbeiterInnen merklich und führte zudem zu einer gesetzlichen Besserstellung und Existenzsicherung großer Bevölkerungsgruppen⁸⁹. Diejenigen Menschen, die keine Versorgungs- oder Versicherungsansprüche besaßen und nicht aus eigenen Kräften in der Lage waren, ihre Existenz zu sichern, mussten ihren Lebensbedarf weiterhin durch die Armenpflege abdecken lassen⁹⁰. Auch wenn die Armut, wie bereits be-

ne der Betroffenen angemessen umzugehen bzw. das Leiden der Individuen abzuwenden (ebd.). Zur Mitte des 19. Jahrhunderts gab es in Preußen bereits 1680 Vereine, die dem Bereich der privaten Wohltätigkeit zuzuordnen waren. Dabei handelte es sich um kirchliche, philanthropische und bürgerliche Vereine (vgl. Müller 1988, S. 137).

⁸⁷ Vgl. Sachße/ Tennstedt 1988, S. 15

So beinhaltete beispielsweise das Heranwachsen größerer Städte zu industriellen Ballungsräumen erneute Binnenwanderung, in einem weitaus größeren Maße als zuvor bekannt, mit den bereits schon beschriebenen Auswirkungen auf die Infrastruktur der Städte und auf die Bevölkerung.

⁸⁸ Das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ trat 1878 in Kraft und galt - unter mehrmaliger Verlängerung - letztendlich bis 1890. Die Sozialpolitik von Bismarck verfolgte zum einen das Ziel, die Lage der ArbeiterInnen zu verbessern, hatte aber auf der anderen Seite die Absicht, die Arbeiterschaft für den Staat zu gewinnen und damit ihre politischen Organisationen zu schwächen. Einhergehend mit der neuen gesetzlichen Absicherung der ArbeiterInnen und anderer Bevölkerungsgruppen, verbot das „Sozialistengesetz“ die Interessenvereinigungen der Arbeiterschaft und ermächtigte die Polizei mit der Auflösung derartiger Vereine und weiterer reglementierender Maßnahmen (vgl. das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ vom 21. 10. 1878 in: www.documentarchiv.de/ksr/soz_ges.html [Stand: 26. 09. 2013] und Bibliographisches Institut/ F. A. Brockhaus AG [Hrsg.] 2002, Schlagwort: „Sozialistengesetz“).

⁸⁹ Vgl. Orthbandt 1980, S.40

⁹⁰ Vgl. Müller 1988, S. 180

Die Armenpflege wurde in der Regel nur für eine begrenzte Dauer geleistet und die Bedürftig-

schrieben, nun mehr als gesellschaftliches sozialbedingtes Problem angesehen wurde⁹¹, so war das Selbstverständnis innerhalb der öffentlichen wie auch nicht - öffentlichen Fürsorge zwar fachlich bestimmt aber dennoch unpolitisch⁹², wie bereits Jahrzehnte zuvor. Dabei zeichnete sich die Hilfe für die Notleidenden durch die reine „Symptombehandlung“ aus; die Ursachen, die in die Notlage geführt hatten, wurden hingegen vernachlässigt⁹³. Die individualistische Betrachtungsweise verfolgte das Ziel der „ganzheitlichen Erfassung und Behandlung der Bedürftigkeit“ und führte letztendlich in der weiteren Entwicklung der sozialen Arbeit zu einer Verfeinerung der Untersuchungsmethoden, wobei psychologische und psychiatrische Gesichtspunkte in den Vordergrund traten. Bei dem Umgang mit den Betroffenen und ihrer Hilfsbedürftigkeit trat die Erziehung derselben in den Mittelpunkt⁹⁴. Die Erkenntnisse hingegen, welche in der sozialen Arbeit in Praxis und Theorie gewonnen wurden, wirkten sich entscheidend auf die Ausgestaltung der Sozialpolitik aus⁹⁵.

Große Bedeutung für die Weiterentwicklung der sozialen Arbeit als Beruf und einer anfänglichen Professionalisierung innerhalb der Sozialarbeit und Sozialpädagogik hatten Bestrebungen, die um die Jahrhundertwende einsetzten und in Deutschland in enger Verbindung mit der Person von Alice Salomon⁹⁶ standen. Salomons Tätigkeiten in der Frauenbewegung, in der sozialen Arbeit und alsdann auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den genann-

keit der Individuen mit strengen Maßstäben geprüft. Die Betroffenen unterlagen nach der Bewilligung der Leistungen reichlichen diskriminierenden Reglementierungen wie z. B. dem Verlust des Wahlrechtes (ebd.).

⁹¹ Unterstützt wurde diese Sichtweise weiterhin durch die Wissenschaft, die desgleichen der Reformpolitik von Bismarck eine geeignete Legitimationsbasis bot. Zu beobachten war nun eine enge Verzahnung von Sozialwissenschaft und Sozialreform (vgl. Sachße/ Tennstedt 1988, S. 18 f.).

⁹² Ebd., S. 215

⁹³ Vgl. Kramer 1995, S. 216

⁹⁴ Vgl. Krug von Nidda 1955, S. 138

⁹⁵ Vgl. Bartlett 1976, S. 21

⁹⁶ Vgl. Müller 1988, S. 124

Alice Salomon wurde 1872 als Tochter einer wohlhabenden jüdischen Kaufmannsfamilie geboren und starb 1948 in New York, wohin sie während des Nationalsozialismus emigriert war (vgl. Müller 2006, S. 56 ff.)

ten Gebieten sowie ihr nachfolgendes Engagement in der (Sozial-) Politik, wurden eingangs durch das Interesse geleitet, jungen Frauen des gehobenen Mittelstandes aus ihrer „Nutzlosigkeit“ zu verhelfen, indem sie an soziale Hilfstätigkeiten und damit an eine sinnvolle Beschäftigung herangeführt werden sollten⁹⁷. Korrespondierend mit der aufkommenden Kritik - vor allem seitens der Frauenbewegung - an den bisherigen Hilfen⁹⁸, bestand ein weiteres Interesse daran, die in der sozialen Arbeit Tätigen zu qualifizieren - verbunden mit der Forderung nach einer qualifizierten Ausbildung von Frauen überhaupt. Mitunter auf dieser Basis - der negativen Bewertung vorhergegangener Hilfsleistungen und der Forderung nach einer qualifizierten Berufsperspektive für die Frauen - wurden im Dezember des Jahres 1893 die ersten „Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“ in Berlin gegründet, die das Ziel der Verwirklichung einer kompetenten planvollen sozialen Arbeit verfolgten⁹⁹ und somit als Wegbereiterinnen von Sozialarbeit und Sozialpädagogik als fachlich fundierten Beruf gelten können.

Etwa zeitgleich, um die Jahrhundertwende, formierte sich die bürgerliche Jugendbewegung. Innerhalb der Pädagogik griffen neue Konzepte, die in der sog. „Reformpädagogik“ mündeten. Beide Bewegungen - Jugendbewegung und Reformpädagogik - wirkten sich anhaltend auf die Sozialpädagogik aus¹⁰⁰. Mit den neuen Entwicklun-

⁹⁷ Vgl. Sachße 1994, S. 113

Eine Berufstätigkeit für Frauen „aus gutem Hause“ wurde zu jener Zeit als „nicht standesgemäß“ angesehen, es existierten folglich keine Ausbildungsangebote und damit keine Berufsperspektiven für Frauen (ebd., S. 112). Insofern beklagten viele Betroffene ihre bisherige Tätigkeit, die sich zum Beispiel in „ein wenig Haus- und Handarbeit, etwas Klavierspielen, einem Spaziergang durch den Schlossgarten“ (Lange 1921, zit. in: Sachße 1994, S.112) oder im „Warten“ erschöpfte (vgl. Sachße 1994, S. 112 f.).

⁹⁸ Schon in der Vergangenheit existierten die sog. „Väterländischen Frauenvereine“, die beispielsweise Unterstützung für hilfsbedürftige Wöchnerinnen boten, Kindergartenarbeit leisteten oder Volksküchen ins Leben riefen. Die Kritik an den bisherigen Tätigkeiten sprach von einer „spontanen Planlosigkeit“ und einem „gefährlichem Dilettantismus“ in diesen Institutionen (ebd., S. 109).

⁹⁹ Ebd.

¹⁰⁰ Vgl. Engelmann 1999, S. 18

Ausgangspunkt fand die bürgerliche Jugendbewegung in der Gründung des „Wandervogels“ 1896. Bei dem Wandervogel handelte es sich um einen Zusammenschluss von Jugendlichen, die fast ausschließlich Gymnasiasten der preußischen Gymnasien waren und mit ihren Freizeitaktionen eine Alternative zum Schulalltag bilden wollten. Im Mittelpunkt dieser neuen Gruppen stand das Erlebnis der Gemeinschaft von Gleichaltrigen und Gleichgesinnten, welche einen ju-

gen in der Pädagogik bzw. Sozialpädagogik fasste die Abkehr der rein individuenbezogenen Erziehung und Intention Fuß und die Erkenntnis der gesellschaftsgestaltenden Funktion mittels der Fachdisziplinen avancierte zum Grundsatz. So ging etwa Herman Nohl davon aus, dass es zwei Möglichkeiten gebe, den Staat zu gestalten: auf der einen Seite die Politik und auf der anderen Seite die Pädagogik¹⁰¹. 1908 schließlich gründeten die „Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit“ in Zusammenarbeit mit dem „Pestalozzi - Fröbel - Haus“, das schon zuvor Kindergärtnerinnen ausbildete, die Soziale Frauenschule in Berlin. Die Stelle der Direktorin wurde an Salomon vergeben¹⁰². Salomon wie auch andere sahen die Sozialarbeit bzw. Sozialpädagogik als Tätigkeit an, die nicht politisch sei bzw. „unpolitisch“ sein müsse. In Bezug auf die neu geschaffene Ausbildung bemerkte sie: „[...] ein Prinzip, das ich immer vertreten hatte - die Politik aus der Schule rauszuhalten. Die soziale Arbeit [...] ist *eine* Annäherungsweise an die Probleme der Gesellschaft; Politik ist eine andere“¹⁰³. Gleichwohl lehnte Salomon einen rein „individualisierenden Ansatz“ in der sozialen Arbeit ab¹⁰⁴.

Dennoch darf nicht verkannt werden, dass in der sozialen Arbeit eine gesellschaftskritische Sichtweise über Problemlagen wie etwa über die Armut nicht weit verbreitet war bzw. vor allem in wissenschaft-

gendspezifischen Lebensstil verfolgten und das großstädtische Leben überwinden wollten. Die Entdeckung der Gruppe Gleichaltriger als Träger von Selbsterziehung übte nachhaltigen Einfluss auf die Pädagogik und Sozialpädagogik aus (vgl. Müller 1988, S. 149 ff.). Die Reformpädagogik griff die Gedanken der Jugendbewegung auf, indem sie etwa die Sichtweise „vom Kinde aus“ in ihren Konzepten verankerte (vgl. Tenorth/ Kallert 1997, S. 765).

¹⁰¹ Vgl. Buchkremer 1982, S. 14

Herman Nohl lebte von 1879 - 1960 und war als Pädagoge tätig. Nohl hat sich besonders dadurch verdient gemacht, dass er die Volkshochschulerziehung, Arbeitsschulerziehung, Landerschulheimerziehung u. a. in die Konzepte der Reformpädagogik einband (vgl. Tenorth/ Kallert 1997, S. 765).

¹⁰² Vgl. Müller 1988, S. 137 und Engelmann 1999, S. 32

¹⁰³ Salomon 1983, S. 110 [Hervorheb. im Original]

Mit dem vermehrten Engagement in der Ausbildung der Frauen verzichtete Salomon u. a. auf eine weiterlaufende politische Tätigkeit, da sie der Ansicht war „daß Menschen die sozial führen und pädagogisch unter der Jugend wirken wollen, besser außerhalb des Parteikampfes stehen“ (Salomon 1926, zit. in: Müller 1988, S. 142). Andere, die sich mit Fragen der sozialen Arbeit auseinandersetzten (wie beispielsweise Gertrud Bäumer [1873 - 1954] oder auch Herman Nohl), waren noch weiter in der (Parteien-) Politik tätig (vgl. Engelmann 1999, S. 20 und Buchkremer 1982, S. 14 ff.). Wie auch heute fiel damals auf, dass es keine einheitliche Definitionen des „politischen Wirkens“ in der sozialen Arbeit gab.

¹⁰⁴ Vgl. Willemsen/ Müller 1981, S. 132

lichen Zusammenhängen eine individuenbezogene Sichtweise dominierte. Beispielhaft seien hier neue psychiatrische Forschungen genannt, die zu der Auffassung gelangten, dass es sich bei Stadt- oder Landstreichern überwiegend um „Geisteskranke“ handele¹⁰⁵. Diese Ergebnisse wirkten sich beeinflussend auf die Theorie und Praxis der Armenpflege aus¹⁰⁶.

Mit dem Ersten Weltkrieg und der Verarmung breiter Bevölkerungsmassen, wie auch großen Teilen des Mittelstandes, wurde eindringlich sichtbar, dass die Armut nicht auf individuelles Fehlverhalten zurückzuführen, sondern gesellschaftlich bedingt war¹⁰⁷. Die kriegsbedingten Massennotstände stellten den Staat vor neue Aufgaben - nicht zuletzt um den Kriegsverlauf nicht zu behindern - und damit die Hilfen für in Not geratende Menschen vor neue Anforderungen. Folgend kam es zu einer Ausdehnung der öffentlichen Leistungen für die Einzelnen, um den Sicherheitsansprüchen der Bevölkerung annähernd zu genügen¹⁰⁸. In der Konsequenz führte das zu einer Verstaatlichung der Fürsorge, aber auch zu einem Zusammenwachsen der öffentlichen und privaten Fürsorge - womit sich der Charakter der privaten Wohltätigkeit grundlegend veränderte¹⁰⁹. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden die anfänglichen Subventionsbeziehungen im Zusammenhang mit dem Emportreten der ersten Spitzenverbände der privaten Wohlfahrtspflege ausgebaut und planmäßig organisiert. Die Leistungen dieser Institutionen hingen nun weitestgehend von öffentlichen Mitteln ab und konnten somit weitgehend von der öffentlichen Hand gesteuert werden¹¹⁰.

¹⁰⁵ So etwa bei Bonhoeffer 1900 und Willmanns 1902, zit. in: Baron 1995, S. 49

¹⁰⁶ Vgl. Baron 1995, S. 49

¹⁰⁷ Vgl. Sachße/ Tennstedt 1988, S. 65

¹⁰⁸ Ebd.

¹⁰⁹ Vgl. Sachße 1994, S. 204

¹¹⁰ Vgl. Achinger 1979, S. 120

Bei den Spitzenverbänden handelte es sich um den 1849 gebildeten „Centralausschuß für Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche“ (nach dem Zusammenschluss mit dem „Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V.“ 1957 im „Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V.“ vereinigt), dem 1859 gegründete „Deutschen Roten Kreuz“, dem 1897 gebildeten „Deutschen Caritasverband e. V.“ und der 1917 entstandenen „Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.“. Des Weiteren schlossen sich 1919 die

Zur Zeit der Weimarer Republik fand eine Ausweitung der sozialpolitischen Gesetzgebung statt, die sich besonders im Ausbau des Arbeitsrechts zugunsten der ArbeitnehmerInnen akzentuierte¹¹¹. In der neuen Republik sollte der Ausbau des „Wohlfahrtsstaates“ vorangetrieben und in der Weimarer Reichsverfassung (WRV) verankert werden¹¹². Durch die vom Krieg hervorgerufenen Massennotstände war deutlicher als zuvor zu erkennen, dass die Notlagen innerhalb der Bevölkerung nicht auf individuelles Fehlverhalten zurückzuführen waren. Die Bedürftigkeit wurde nun als politisch bedingt verstanden und der Charakter der staatlichen Hilfeleistungen veränderte sich vom einem zuvor fachlich - neutralen Wesen zu einer Politisierung der wohlfahrtsstaatlichen Aktivitäten¹¹³. Auf die Erweiterung der Sozialadministration in den Gemeinden musste die Ausdehnung der sozialen Arbeit als Beruf folgen, ebenso konnte ohne die berufliche Tätigkeit kein Ausbau des Wohlfahrtsstaates stattfinden¹¹⁴. Mit der Verankerung der sozialen Arbeit als festen Bestandteil der Sozialpolitik fand eine zunehmende Professionalisierung innerhalb der Sozialarbeit und Sozialpädagogik statt¹¹⁵. Einhergehend mit dieser Entwicklung kam es innerhalb der Fachdisziplinen zu einer Verfeinerung der Methoden und schließlich zu einer „Methodenlehre“¹¹⁶.

„Arbeiterwohlfahrt e. V.“, der „Fünfte Wohlfahrtsverband“ (heute bekannt als „Der Paritätische“) 1924 an.

¹¹¹ Vgl. Sachße/ Tennstedt 1988, S. 78

¹¹² Ebd., S. 71

¹¹³ Ebd., S. 81

¹¹⁴ Ebd., S. 202

¹¹⁵ Vgl. Sachße 1994, S. 228

Einhergehend mit dieser Professionalisierung und der weiteren Entwicklung der sozialen Arbeit in der Weimarer Republik kommt es nach Christoph Sachße und Florian Tennstedt zu einem „bemerkenswerten Funktionswandel“ der Sozialarbeit. Wurde sie in der vergangenen Zeit „als Strategie weiblicher Emanzipation“, als ein „Instrument zur Ausbreitung mütterlich - ganzheitlicher Kultur gegenüber der männlichen Kultur der Sachlichkeit“ verstanden, so verlangte die Ausbreitung der Sozialarbeit und der nun notwendig gewordenen bürokratischen Organisation derselben die „männliche“ Logik der Versachlichung, Spezialisierung und Fragmentierung“ (Sachße/ Tennstedt 1988, S. 210).

¹¹⁶ Vgl. Müller 1988, S. 177

Die dominierende Methode in der sozialen Arbeit war zu dieser Zeit die „Einzelfallhilfe“, die durch die neuen fachlichen Erkenntnisse und Strömungen - auch aus den USA - verfeinert und ausgebaut wurde. Die Einzelfallhilfe verfolgt in ihren Interventionen vor allem ein Einwirken auf das individuelle Verhalten der bedürftigen Person. So lautet die Definition der Amerikanerin Mary Richmond, deren Gedanken sich mitunter prägend auf die Methoden der sozialen Arbeit auswirkten, Einzelfallhilfe ist „die Persönlichkeit durch bewußt wirkende, individualfall - spezifische Anpassungsleistungen zwischen Menschen und sozialer Umwelt zu entwickeln“ (Rich-

Obschon nun die Leiden, die die soziale Arbeit notwendig machten, als kriegsbedingt bzw. gesellschaftlich bedingt gesehen wurden, ist bemerkenswert, dass es mit dem Ausbau der Wohlfahrtspflege in der Sozialarbeit und Sozialpädagogik zu einer erneuten Pädagogisierung und Psychologisierung kommt¹¹⁷. Selbst Salomon, die auf der einen Seite forderte, dass die „Umwelt so umgestaltet, verändert, beeinflusst [wird, *die Verf.*]¹¹⁸, dass [...] der Hilfesuchende „sich darin bewähren, seine Kräfte entfalten kann“¹¹⁹ oder der „Sozialarbeiter [...] immer auch die sozialen Reformen anregen“¹²⁰ und neben der „psychologisch - künstlerischen Gabe“ die Fähigkeit besitzen sollte, „pädagogisch - politischen Einfluß zu gewinnen“¹²¹, sprach sich an anderer Stelle für eine Trennung politischen Agierens und Handelns im Rahmen der sozialen Tätigkeit aus¹²².

Der Fürsorgegedanke erfuhr bereits in der Weimarer Republik eine autoritäre Wende, als die Parlamente und Parteien daran scheiterten, notwendige Reformen durchzusetzen¹²³.

Schon vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 bestimmten sozialdarwinistische und -rassistische Gedanken fachliche Diskussionen¹²⁴. Das Scheitern der Weimarer Republik und die

mond 1922, zit. in: Müller 1988, S. 118 f.).

¹¹⁷ Vgl. Sachße/ Tennstedt 1988, S. 12

Die Ausbildung der erneuten pädagogischen und psychologischen Sichtweisen begründet sich aus der Notwendigkeit, auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge etwas gegen die katastrophalen hygienischen Zustände, die nach dem Ersten Weltkrieg eingetreten waren, zu tun. Die Hygiene wurde nun richtungsweisend im Bereich der Säuglings-, Kleinkinder- und Schulkinderfürsorge und wirkte sich auch auf andere Zweige aus, wie etwa auf die Wohnungsfürsorge. Im Zuge der Fokussierung auf die Hygiene und der hier zu leistenden Interventionen gewann die Prävention einen hohen Stellenwert, die u. a. dadurch erreicht werden sollte, dass die Betroffenen in ihrem Handeln zu einer dementsprechenden Lebensweise erzogen werden sollten (vgl. Sachße/ Tennstedt 1988, S. 12).

¹¹⁸ Salomon 1926, zit. in: Müller 1988, S. 145

¹¹⁹ Ebd.

¹²⁰ Ebd., S. 147

¹²¹ Salomon 1927, S. 212

¹²² Vgl. Salomon, 1927, S. 212

Verbunden mit ihrem intensiveren Engagement im Rahmen der Ausbildung im Bereich der sozialen Arbeit, zog sich Salomon nach ihrem anfänglichen politischen Wirken aus der Politik weitgehend zurück. Auch wenn ihre Ansichten bezüglich der Forderung nach sozialen Reformen für die benannte Zeit fortschrittlich waren, so ist doch auch bei Salomon zu erkennen, dass der Fokus der Veränderung größtenteils von der Eigeninitiative der Klientel abhängig ist und hier den Ausgangspunkt findet.

¹²³ Vgl. Sachße/ Tennstedt 1992, S. 133

¹²⁴ Vgl. Engelke 1998, S. 253

Machtübernahme der Nationalsozialisten hatte gravierende Auswirkungen auf die soziale Arbeit und einschneidende Veränderungen zur Folge.

Zum einen wurden die Ausbildungsstätten und Institutionen der sozialen Arbeit dem neuen System unterworfen, angepasst und im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie funktionalisiert. Es kam zu einer erheblichen Einschränkung der privaten Wohltätigkeitsverbände - die entweder vom Nationalsozialismus okkupiert oder aufgelöst wurden¹²⁵. Zum anderen fand innerhalb der sozialen Arbeit eine Umorientierung statt. Die neuen Gedanken, die am Anfang vornehmlich in der „Volkswohlfahrtspflege“ und in der Gesundheitsfürsorge zum Ausdruck kamen, nahmen die meisten der SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen geradezu euphorisch auf¹²⁶. Die Nationalsozialisten erkannten die Möglichkeit der staatlichen Einflussnahme durch Erziehung und nutzen so besonders die Jugendfürsorge und Jugendpflege zur Indoktrinierung und zur Umsetzung ihrer Ziele¹²⁷. Zur Zeit der Hitler - Diktatur fand eine totale Politisierung der sozialen Arbeit statt¹²⁸. Etliche Personen, die in der sozialen Arbeit tätig waren, unterstützten staatliche Maßnahmen und verhalfen bei der Durchführung jener, etwa bei der Ausführung von „Euthanasie - Programmen“¹²⁹. Am Ende jener Zeit und mit dem Aufkommen der Frage nach der Mitschuld der SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen an den Gräueltaten der Nationalsozialisten erklärten die Betroffenen

¹²⁵ Vgl. Willemsen/ Müller 1981, S. 28

¹²⁶ Vgl. Sachße/ Tennstedt 1992, S. 133 und Müller 1988, S. 214

So sprach sich beispielsweise 1933 die damalige Frauenbeauftragte der Evangelischen Kirche, Wally Schick, für eine „Befreiung von einer irregeleiteten Fürsorge die ihre Kraft in erster Linie einsetzte für alles Kranke und Schwache“ aus (Schick 1933, zit. in: Müller 1988, S. 214) und erhielt für jene Aussage einen hohen Zuspruch seitens der SozialpädagogInnen (vgl. Müller 1988, S. 214).

¹²⁷ Vgl. Müller 1988, S. 213

¹²⁸ Vgl. Scherpner 1962, S. 182 und Mühlum 2001, S. 49

¹²⁹ Vgl. Sorg 2001, S. 49

Die Familienfürsorge wurde in die staatlichen Gesundheitsämter integriert. Neben dem medizinischen Personal wirkten die MitarbeiterInnen der Gesundheitsfürsorge beispielsweise an der Ermittlung von Personen (z. B. Behinderten) mit, die als „lebensunwert“ angesehen wurden. Demzufolge wählten sie Personen für diese „Programme“ aus und führten ihnen die Betroffenen zu (vgl. Müller 1991, S. 215 ff.).

ihr Handeln als rein ausführende Tätigkeit, zu welcher sie durch die Befehlsketten, die administrativen Zwänge und Abhängigkeiten gezwungen worden waren und bezeichneten ihre Rolle als „rein beruflich fachliche“ Rolle, die im staatlichen Auftrag handelte, keine Alternativen zu ließ und im Übrigen völlig unpolitisch gewesen sei¹³⁰.

Nach der Kapitulation Deutschlands im Jahr 1945 war die Bevölkerung wieder mit sozialen Problemen konfrontiert, die denen glichen, die nach Beendigung des Ersten Weltkrieges zu beobachten waren - jedoch in weitaus höherem Ausmaße. Die sozialpolitischen Maßnahmen hingen nun von den Vorstellungen der Besatzungsmächte ab¹³¹ und die soziale Arbeit erhielt jetzt - in Anbetracht der Nachkriegssituation - gesellschaftspolitische Bedeutung, welche ihr in dieser Form bisher unbekannt war¹³².

Gravierende Auswirkungen auf die inhaltliche Ausgestaltung der sozialen Arbeit in der Nachkriegszeit hatte die - im Rahmen der „Umerziehungsmaßnahmen“ der deutschen Bevölkerung hin zur Demokratisierung und weg von der autoritären nationalsozialistischen Erziehung durch die Besatzungsmächte - Betonung der Methode der Gruppenpädagogik¹³³ aber auch die Einzelfallhilfe wurde konzeptionell weiterentwickelt und die Gemeinwesenarbeit, wie sie bereits im anglo - amerikanischen und niederländischem Raum bekannt war,

¹³⁰ Vgl. Sorg 2001, S. 49

¹³¹ Vgl. Dyckerhoff 1995, S. 229

Dabei ist zu beachten, dass das deutsche Sozialversicherungs- und Rentensystem als vorbildlich und fortschrittlich galt und zumindest die westlichen Alliierten nicht die Absicht hatten, hier Änderungen vorzunehmen. Problematisch war allerdings, dass das System durch den Krieg vor dem finanziellen Ruin stand (ebd.).

¹³² Vgl. Orthbrandt 1980, S. 422

¹³³ Vgl. Müller 1992, S. 104

Die Methode der Gruppenpädagogik war bereits vor dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland bekannt. Viele ihrer BegründerInnen (z. B. Gisela Konopka, Fritz Redl, Kurt Lewin) emigrierten während der Zeit des Nationalsozialismus in die USA bzw. nach England und entwickelten die Methode hier, teilweise in Zusammenarbeit mit AmerikanerInnen (wie etwa mit Clara Kaiser aus New York) weiter (vgl. Müller 2001, S. 85 f. und ders. 1992, S. 53). Nach Kriegsende wurde die Methode sodann wieder nach Deutschland „reimportiert“. Die Demokratisierung der deutschen Bevölkerung wollte man vor allem dadurch erreichen, dass die Gruppe sich auf der Grundlage der Gruppenprozesse selbst pädagogisch steuert (vgl. Müller 1991, S. 158 und ders. 2001, S. 85 f.). Die Weiterentwicklung der Gruppenpädagogik fand weit über die Nachkriegszeit hinaus statt. Vor allem die Sozialpädagogin Magda Kelber übernahm Konzepte der amerikanischen Fachliteratur, die in den 1950er und 1960er Jahre dominierten und entwickelte sie weiter (vgl. Müller 1992, S. 50 und S. 60).

gewann an Fundament¹³⁴. Mit dem Wiedererlangen von wirtschaftlicher und politischer Stabilität in Deutschland ab 1948 erlangten in der sozialen Arbeit sozialtherapeutische Akzente Vorrang¹³⁵. Die inhaltlich fachliche Ausgestaltung der Sozialarbeit und Sozialpädagogik wurde nun weitgehend von den Ausbildungsstätten jener Fachrichtungen prägend mitgestaltet¹³⁶, es kam in den 1950er Jahren zu einer zunehmenden Professionalisierung¹³⁷. Vor dieser Entwicklung sprach C. Wolfgang Müller den SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen weitestgehend die Kompetenz der professionellen Hilfe ab. Er bezeichnete jene als „Administratoren, die durch Ausbildung und Berufstätigkeit darauf vorbereitet wurden, *individuell* Hilfe zu verweigern, um ein *gesellschaftliches* Ziel zu erreichen: Menschen dazu zu bringen, arbeiten zu wollen, auch wenn es keine Arbeit gab, Kinder zu zeugen und zu erziehen, auch wenn diese Kinder keine Perspektive hatten, der gesellschaftlichen Ordnung zu dienen, auch wenn diese gesellschaftliche Ordnung ihren Interessen nicht dienlich war“¹³⁸. Aber auch in der weiteren Entwicklung und praktischen Umsetzung sozialarbeiterischen bzw. sozialpädagogischen Handelns dominierte das „behandlungsorientierte Konzept“, das beispielsweise die Themen „abweichendes Verhalten“ oder persönliche Belastungsbedingungen aufgriff¹³⁹ und ihnen mit individueller Vorgehensweise

¹³⁴ Die fortschrittlichen Gedanken der Gemeinwesenheit bezogen, gegenüber der vorwiegend individuenbezogenen Einzelfallhilfe, das gesellschaftliche Umfeld in die konzeptionellen Überlegungen ein. Der soziale Kontext der Betroffenen (z. B. von Menschen, die in Armutsquartieren leben) fand Beachtung und sollte aktiviert werden. So sollten beispielsweise nachbarschaftliche Ressourcen genutzt werden, um die beobachteten und analysierten Missstände zu beheben bzw. abzumildern. In Deutschland griffen die Konzepte der Gemeinwesenarbeit über erste Ansätze praktisch erst später (vgl. Müller 1992, S. 102 ff.).

¹³⁵ Vgl. Willemsen/ Müller 1981, S. 226

¹³⁶ Vgl. Rawiel 1999, S. 104

Dabei ist zu beachten, dass bis in die 1960er Jahre die Sozialarbeit und die Sozialpädagogik noch als zwei unterschiedliche Berufe galten, die in der Praxis sowie in der Ausbildung getrennt wurden (ebd., S. 90). Allerdings gewann in beiden Gebieten die Frage nach der Theoriebildung in der sozialen Arbeit einen höheren Stellenwert. Innerhalb der Sozialpädagogik wurde diese Entwicklung vor allem von PädagogInnen der Universitäten getragen, die sich nun mit sozialpädagogischen Fragestellungen auseinandersetzten. Ab den 1960er Jahren beeinflussten Erkenntnisse der politisierten Sozialwissenschaften die Sozialarbeit und Sozialpädagogik (vgl. Engelke 1998, S. 256).

¹³⁷ Vgl. Schenk 1993, S. 8

¹³⁸ Müller 1988, S. 19 [Hervorheb. im Original]

¹³⁹ Vgl. Lowy 1973, S. 31

Abhilfe schaffen wollte. Zu einer bedeutenden Abkehr von einer solchen Sichtweise kam es zur Zeit der Studentenbewegung, die gleichsam einherging mit einer Bewegung seitens kritischer SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen.

Die Studentenbewegung griff u. a. die unzulängliche Demokratisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bzw. die fehlende Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit an¹⁴⁰. Demnach wurde die Verantwortung und mögliche Beteiligung des einzelnen Menschen in individueller oder institutioneller Hinsicht unzureichend thematisiert. Die weitreichende Kritik an politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Entwicklungen der damaligen Zeit führte darüber hinaus zu einer fundamentalen Kritik an dem Sozialstaat und seiner sozialen Marktwirtschaft¹⁴¹. Die soziale Arbeit galt in diesem Zusammenhang als „untauglicher Versuch, die strukturellen Ungerechtigkeiten kapitalistischen Produzierens und Verteilens durch sozialdemokratische Umverteilungs - Retuschen zu kaschieren“¹⁴². An den Hochschulen wurden Konzepte traditioneller Sozialarbeit und Sozialpädagogik massiv angegriffen¹⁴³. Einzelfallhilfe und sozialer Gruppenarbeit wurde vorgeworfen, existierende Herrschaftsstrukturen zu übersehen und somit einem naiven Gesellschaftsverständnis aufzusitzen¹⁴⁴. In den Ausbildungsstätten sowie in der Praxis wurden nun alternative Konzepte und Theorien sozialer Arbeit entworfen und diskutiert. Den traditionellen Konzepten sollten emanzipatorische und antikapitalistische Modelle entgegengestellt werden¹⁴⁵. Die sozialpäd-

¹⁴⁰ Vgl. Bellermann 1997, S. 61 f.

¹⁴¹ Vgl. Müller 1998, S. 45

¹⁴² Müller 1998, S. 45

¹⁴³ Vgl. Engelke 1998, S. 325

¹⁴⁴ Vgl. Galuske 2002, S. 113

¹⁴⁵ Vgl. Engelke 1998, S. 325

Die Forderung nach der Durchsetzung marxistisch - leninistischer Theorieansätze der StudentInnen stieß in der Praxis zum Teil auf erheblichen Widerstand. Der Gesamtvorstand der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände griff 1976 die Ausbildung der SozialarbeiterInnen massiv an. Es wurde davon ausgegangen, dass die AbsolventInnen in der sozialen Praxis nicht einsatzbar wären (ebd.).

agogische Praxis erlebte durch die Studentenbewegung eine starke Verunsicherung. Die Kritik und die Aktionen (wie z. B. die Heimkampagne) führte auch zu einer Politisierung der SozialpädagogInnen bzw. SozialarbeiterInnen. Die politische Rolle der in der sozialen Arbeit Tätigen wurde zum Gegenstand der Auseinandersetzungen¹⁴⁶. Viele neue Modellprojekte wurden erprobt und in der Praxis umgesetzt. Es entstanden beispielsweise neue Möglichkeiten familienunterstützender und familienergänzender Erziehung (wie die sozialpädagogische Familienhilfe) oder neue Formen ambulanter Hilfen zur Erziehung¹⁴⁷. Nicht alle Ansätze konnten durchgeführt werden und einige Konzepte scheiterten. Zum Teil erwiesen sich die Vorstellungen der StudentInnen als unrealistisch bzw. unrealisierbar, da sich diese nicht mit den tatsächlichen - zumindest momentanen - Bedürfnissen der Klientel decken ließen¹⁴⁸. Durch die Politisierung der sozialen Arbeit kam es jedoch auch zu einer Rezeption und Erprobung der Gemeinwesenarbeit in Deutschland¹⁴⁹.

¹⁴⁶ Vgl. Plewig 1980, S. 184.
In Deutschland hatte die politische Dimension sozialer Arbeit bisher kaum eine Rolle gespielt. Ebenso wurden soziologische Dimensionen nur ansatzweise behandelt. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war die Entwicklung des Fürsorgesystems in Deutschland vor allem durch eine Pädagogisierung und Psychologisierung individueller und sozialer Probleme geprägt. Insbesondere die Einzelfallhilfe leistete der wertgebundenen Psychologisierung Vorschub (vgl. Nootbaar 1995, S. 264 und Mühlum 2001, S. 50).

¹⁴⁷ Vgl. Müller 2001, S. 117

¹⁴⁸ Vgl. Müller 1992, S. 162 f.

Die Erziehungsheime waren schon lange in der Kritik. Die Unterbringung in solchen Einrichtungen, die hauptsächlich bei Kindern und Jugendlichen von ArbeiterInnen zutraf, wurde von den Studierenden sozialer Arbeit problematisiert und wurde bevorzugt für studentische Initiativen und Ausbildungsprojekte. Die Heimerziehung galt in der allgemeinen Kritik als Unterdrückungsinstrumentarium, welches darauf gerichtet war, die Betroffenen für ein Leben in Freiheit zu re-sozialisieren. Dass dieses Ziel mit dem Mittel der Heimerziehung nicht erreicht wurde, war schon zu Zeiten des Kaiserreiches ersichtlich (ebd.). Für die Studierenden waren es die Heimjugendlichen, die „am deutlichsten und direktesten unter den pädagogischen Repressionen des kapitalistischen Systems leiden mußten“ (Müller 1992, S. 163). Demnach würden sie „besonders schnell zu mobilisierende Kämpfer gegen das System abgeben“ (ebd.).

Im Rahmen der Heimkampagnen kam es dazu, dass die StudentInnen die Kinder und Jugendlichen aufsuchten, mit ihnen sprachen und ihnen - für den Fall, dass sie das Heim verlassen wollten - Hilfe anboten. Die Betroffenen kamen in der Folge der Flucht aus den Heimen in den Wohngemeinschaften der Studierenden unter. Die Umsetzung der Hilfe scheiterte aber häufig, da die Studierenden weder über den notwendigen Wohnraum noch über ausreichend finanziellen Mittel verfügten. Die Verfolgung eines gemeinsam vorgestellten politischen Zieles erwies sich als unrealistisch und praktisch nicht umsetzbar. Die Jugendlichen waren nicht daran interessiert, sich an politischen Aktionen oder auch am kollektiven Leben in den Wohngemeinschaften zu beteiligen. Die ehemaligen HeimbewohnerInnen zeigten eine Abneigung gegen das kollektive Leben. Dieses hatte in den Fürsorgeeinrichtungen bedeutet, die eigenen Interessen und Bedürfnisse permanent dem Gruppenleben unterordnen zu müssen (vgl. Müller 1992, S. 162 f.).

¹⁴⁹ Vgl. Galuske 2002, S. 98

Parallel zur Studentenbewegung verbreiteten sich in der Bundesrepublik die so genannten „Arbeitskreise kritische Sozialarbeit“ (AkS). Diese Arbeitskreise forderten eine Abkehr von der „sozialintegrativen Sozialarbeit“, welche „nur den Feinden der Arbeiterklasse [diene, *die Verf.*] und [...] die kapitalistische Gesellschaft am Leben [halte, *die Verf.*]“¹⁵⁰. Zudem wurde die ständige Auseinandersetzung mit den Trägern sozialer Arbeit gefordert und eine rein theoretische Arbeit abgelehnt¹⁵¹.

Neben den genannten neuen Anforderungen an die soziale Arbeit erwachsen aus der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland Veränderungen, die Sozialarbeit und Sozialpädagogik vor neue Aufgaben stellten. So kam es z. B. zu einem Wandel der Familienstrukturen und zum Entstehen von städtischen Ballungszentren. In der Folge mussten sich in der sozialen Arbeit neue Arbeitsfelder entwickeln. Dieses erforderte zum einen eine erhöhte Flexibilität und zum anderen ein erhöhtes Maß an fachlicher Kompetenz¹⁵². Die nun erforderliche Weiterentwicklung der Professionalität erforderte eine Einbindung grundlegender Wissenschaften (wie z. B. der Soziologie, Pädagogik oder Psychologie). In der Ausbildung und in der Praxis sozialer Arbeit kam es zu einem Ausbau von Theorie und Methodik¹⁵³.

Im Rahmen der Bildungsreform von 1969 wurden die pädagogischen Hochschulen den Universitäten zugeordnet und hier erstmals Studiengänge der Pädagogik mit Lehrstühlen für die Sozialpädagogik eingerichtet. Etwas später wurden die Fachhochschulen geschaffen, welche nun - in Ablösung zur Ausbildung an den Höheren Fachschu-

Nach Gunther Soukup und Reinhard Koch bestand in dieser Zeit, vor allem in Bezug auf ihre politische Wirksamkeit, die große Gefahr einer Überschätzung der Bedeutsamkeit von sozialer Arbeit (vgl. Soukup/ Koch 1988, S. 7).

¹⁵⁰ Engelke 1998, S. 313

¹⁵¹ Vgl. Engelke 1998, S. 313

¹⁵² Vgl. Rawiel 1999, S. 98

Neben den Erfordernissen, die die Veränderungen an die soziale Arbeit stellten, war es das Reformklima der 1960er und 1970er Jahre, welches günstige Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung von Sozialarbeit und Sozialpädagogik bot (vgl. Olk/ Otto 1985, S. V). Der Ausbau des Sozialstaates war verbunden mit einem Mehr an sozialen Diensten (vgl. Goll/ Metzmacher u. a. 1988, S. 5).

¹⁵³ Vgl. Thorun 1980, S. 139 f.

len - für die Qualifizierung der SozialarbeiterInnen und -pädagogInnen zuständig wurden¹⁵⁴.

Insgesamt ist zu bemerken, dass sich die soziale Arbeit infolge der vorausgegangenen Kritik, der Erprobung neuer Konzepte und Methoden (implizite der Methodenkritik) sowie den neuen Ausbildungsmodalitäten bis in die 1980er Jahre massiv veränderte¹⁵⁵. Einhergehend mit den neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und dem Entstehen neuer Arbeitsfelder wandelte sich das Bild von der Klientel. Wurde zuvor davon ausgegangen, dass es sich bei den Adressaten von Sozialarbeit und Sozialpädagogik hauptsächlich um Angehörige so genannter „Randgruppen“ handelte, zählten nun auch andere Personen zu den Hilfesuchenden bzw. LeistungsempfängerInnen¹⁵⁶. Gewandelt hatte sich zudem die Auffassung des Verhältnisses von sozialer Arbeit und dem Staat mit seinen Institutionen¹⁵⁷. Mit der Thematisierung der Funktion von Sozialarbeit und Sozialpädagogik wurde das Selbstverständnis der SozialarbeiterInnen hinterfragt. Bis zum Ende der 1980er Jahre bestimmten Diskurse über das Doppelmandat sozialer Arbeit - auf der einen Seite Hilfe, auf der anderen Seite Kontrolle - die fachliche Auseinandersetzung weitreichend¹⁵⁸.

Die Studentenbewegung, die erstarkende Frauenbewegung und neue Jugendbewegungen führten dazu, dass (alternative) kollektive Lebensformen (z. B. die Wohngemeinschaft) und Arbeitsformen (et-

¹⁵⁴

Vgl. Salustrowicz 1991, S. 24 und Engelke 1998, S. 267

Das neue Ausbildungskonzept beinhaltete den Gedanken, dass die soziale Arbeit eine Schule „besonderer Art“ (also der Fachhochschule) benötige, da der Beruf neben den fachlichen Kompetenzen persönliche erfordere, welche nicht an den Universitäten vermittelt werden könnten. Im Gegensatz zu den Universitäten sollten die Fachhochschulen durch ihr pädagogisches Klima und die DozentInnen, die u. a. eine ethische Grundhaltung vorlebten, zu der erforderlichen Persönlichkeitsbildung beitragen. Da die Universitäten ihre Aufgabe in erster Linie nicht in dem (praktischen) Bearbeiten gesellschaftlicher Probleme sahen, sondern in der Vermittlung intellektueller Inhalte und der Forschung, sah man die Ausbildung der SozialarbeiterInnen und -pädagogInnen besser an Fachhochschulen aufgehoben. Zudem zielte die Lehre an den Universitäten auf systematisch differenziertes Wissen und stand damit im Gegensatz zu der Orientierung an ganzheitlich - sozialem Handeln, welches in der sozialen Arbeit erforderlich sei. Darüber hinaus waren die Lehrkräfte, die an den Universitäten tätig waren, in der Regel zuvor nicht in der sozialen Arbeit tätig (vgl. Sachße 1994, S. 235 ff.).

¹⁵⁵

Vgl. Galuske 2002, S. 18

¹⁵⁶

Vgl. Ehrhardt - Kramer 1993, S. 176 f.

¹⁵⁷

Vgl. Wendt 1999, S. 49

¹⁵⁸

Vgl. Bauer 1995, S. 128

wa in den Seminaren an den Hochschulen) erprobt, verfestigt und weiterentwickelt wurden. Diese Diskussionen führten auch in der sozialen Arbeit zu einem Aufleben der Gruppenarbeit und einer Rezeption gruppendynamischer Analysen¹⁵⁹. Dadurch kam es in der Folge zu einer Erprobung und Ausweitung therapeutischer Konzepte und zu einer breiten Therapiebewegung, die Anfang der 1980er Jahre ihren Höhepunkt erreichte¹⁶⁰. Nach C. W. Müller führte die Therapiebewegung zu einer Erweiterung und Bereicherung sozialarbeiterischen Handelns in der Einzelfallhilfe und in der Heimerziehung¹⁶¹. Wenn gleich somit von Bereicherung der Einzelfallhilfe auszugehen ist, ist ebenso anzunehmen, dass mit dieser Entwicklung eine Individualisierung von Problemdefinitionen und -lagen stattfindet, welche im Verlauf der Studentenbewegung (aber auch in vorausgegangenen kritischen Auseinandersetzungen) der Methode der Einzelfallhilfe ohnehin vorgeworfen wurde¹⁶².

¹⁵⁹ Vgl. Müller 1992, S. 169 f.

¹⁶⁰ Ebd., S. 175

So wird aus der Zeitschrift „Informationsdienst Sozialarbeit“ von 1979 (zit. in: Müller 1992, S. 180) ersichtlich, dass zu diesem Zeitpunkt 40 % der Fortbildungen an der Berliner Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik aus Angeboten zur Gestalttherapie und Transaktionsanalyse besteht.

¹⁶¹ Vgl. Müller 1992, S. 183

¹⁶² Als einer der wohl schärfsten Kritiker der 1970er Jahre erwies sich Helge Peters, der das sozialarbeiterische Handeln hinsichtlich des Professionalisierungsinteresses der Berufsgruppe analysierte und kritisierte. In diesem Zusammenhang wies Peters daraufhin, dass der Sozialarbeiter bei einem wahrhaften Interesse das methodische Handeln wissenschaftlich zu fundieren, daraufhin hingewiesen würde, „daß seine Handlungsmöglichkeiten wenig effizient sind. Er würde erkennen, daß sein Aktionsradius zu klein ist, um die Probleme, deren Ursachen er analysiert hat, so zu lösen, wie es möglich wäre“ (Peters 1971, S. 109). Nach Peters wäre die Lösung über eine „gesellschaftliche Strukturreform, mindestens aber durch allgemeine Sozialreform und durch allgemeine Sozialpolitik [zu erreichen, *die Verf.*]. Die Berufsgruppe der Sozialarbeiter aber habe sich gegen Sozialreform und für einen 'individualistischen' Ansatz entschieden“ (Müller 1992, S. 94).

Die Gedanken Peters zur „misslungenen Professionalisierung“ (vgl. Müller 1992, S. 94) sind in der Folge erheblich kritisiert worden (ebd., S. 95). M. E. liefern die Überlegungen Peters' jedoch durchaus brauchbare Anregungen für eine kritische Diskussion und zur Überprüfung sozialarbeiterischen Handelns in seinem gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Rahmen.

Eine weitere Kritik an der Verwendung therapeutischer Konzepte in der Praxis sozialer Arbeit findet sich bei C. W. Müller. Der Autor geht davon aus, dass die institutionellen Bedingungen, an welche die soziale Arbeit gebunden ist (etwa Kontroll- und Berichtsfunktionen der SozialarbeiterInnen), einer hilfreichen therapeutischen Beziehung und der therapeutischen Arbeit überhaupt entgegenstehen (vgl. Müller 1992, S. 183).

Aus meiner heutigen Sicht, die auf Erfahrungen aus der sozialen Praxis fußt, ist häufig zu beobachten, dass psychologische Sichtweisen und therapeutische Modelle genutzt werden, weil sie eine „einfache“ Lösung zu versprechen scheinen. So werden schwierige Beziehungen zwischen SozialarbeiterInnen und KlientInnen häufig z. B. als Borderline - Störungen diagnostiziert oder Familienaufstellungen durchgeführt, um den Betroffenen ihre Probleme deutlich zu machen. Dabei werden gerne fachfremde Sichtweisen übernommen (z. B. von PsychiaterInnen),

Positiv hervorzuheben ist, dass in der Folge der therapeutischen Bewegungen Bürgerinitiativen entstanden, die sich z. B. gegen den Bau von Atomkraftwerken oder Autobahnen wandten und als Vorläufer der Friedensinitiativen und Selbsthilfegruppen zu betrachten sind¹⁶³. Ebenso flossen in die soziale Arbeit neue Aspekte ein. So engagierten sich nun beispielsweise viele SozialarbeiterInnen in alternativ - ökologischen Projekten. Die Einbettung ökologischen Denkens in gesellschaftliche Bezüge hatte zur Folge, dass dieses Denken auch in der Sozialarbeit einen wichtigen Stellenwert einnahm¹⁶⁴.

Die 1980er Jahre waren geprägt von der Entstehung neuer sozialer Bewegungen, die einen entscheidenden Einfluss auf die Sozialarbeit ausübten. Des Weiteren fanden nun auch ökonomische Aspekte Einzug in Theorie und Praxis sozialer Arbeit¹⁶⁵. Nach Walter Thorun hat es die Sozialarbeit bis 1980 geschafft, sich endgültig von der „Wohltätigkeit zur organisierten, sachkundigen und institutionalisierten Dienstleistung [zu entwickeln, *die Verf.*]“¹⁶⁶.

Seit der politischen Wende Anfang der 1980er Jahre und mit dem Regierungsantritt der Koalition aus der CDU/ CSU und der FDP 1983 ist der Um- und Abbau des Wohlfahrtsstaates zu beobachten¹⁶⁷. Zum Ende der 1980er Jahre ist ein Anstieg von sozialen Problemen in Deutschland zu konstatieren¹⁶⁸. Die schwindende Reformfreude und -kraft hatte in der sozialen Arbeit u. a. zur Folge, dass die für die Bundesrepublik relativ neuen Konzepte der Gemeinwesenarbeit wieder zurückgedrängt wurden oder zumindest zum Stillstand ka-

ohne diese im Gesamtkontext zu betrachten oder kritisch zu hinterfragen. Auch wenn ich dieses Vorgehen in fachlich fundierter sozialer Arbeit nicht als die Regel betrachte, so ist doch in den beschriebenen Zusammenhängen zu bemerken (sieht man mal von dem beachtlichen Problemen des Ausblendens der eigenen Rolle im institutionellen Kontext und der Individualisierung von Problemlagen ab), dass die sporadische Aneignung psychologischer Sichtweisen nicht hinreichend ist, fachlich fundierte therapeutische Arbeit leisten zu können. Neben den im Studium erworbenen Grundkenntnissen (wie z. B. aus dem Bereich der Entwicklungspsychologie) lässt sich dieses Vorgehen ohne Zusatzausbildung m. E. nicht legitimieren.

¹⁶³ Vgl. Müller 1998, S. 46

¹⁶⁴ Vgl. Engelke 1998, S. 266

¹⁶⁵ Vgl. Wendt 1999, S. 39

¹⁶⁶ Thorun 1980, S. 138

¹⁶⁷ Vgl. Detje/ Hirschel u. a. 2001, S. 1

¹⁶⁸ Vgl. Hamburger 1995, S. 160

men¹⁶⁹. Zu dieser Zeit werden Probleme, für die die Sozialarbeit zuständig ist, noch vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Kontextes analysiert. Als Interventionen auf die Missstände und Notlagen dominieren nun aber pädagogische Handlungsstrategien¹⁷⁰. 1995 attestiert Andreas Schaarschuch der sozialen Arbeit, dass sie ihr „aktives, auf die Veränderung gesellschaftlicher Zustände gerichtetes politisches Handlungskonzept [verloren habe, *die Verf.*]“ und dass es über diese Themen, „bis auf wenige Ausnahmen [...] keine Diskussionen [...] [gebe, *die Verf.*]“¹⁷¹.

Im Laufe der 1990er Jahre kam es zu gravierenden gesetzlichen Veränderungen und Neuregelungen, die sich nachhaltig auf die soziale Arbeit auswirkten. So löste beispielsweise 1991 das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz¹⁷² das ca. 50 Jahre alte Jugendwohlfahrtsgesetz ab, 1995 trat die neue Pflegeversicherung in Kraft¹⁷³. Im Bundessozialhilfegesetz wurde der § 93 neu verfasst. Mit den veränderten Gesetzen wurden erstmalig Wirtschaftskriterien für die Träger der sozialen Dienste formuliert und eingeführt. Von politischer Seite wurde gefordert und vertreten, dass sich der Staat aus den Versicherungsprinzipien zurückziehen und seine Leistungen reduzieren solle. Von staatlicher Seite sollte nur noch eine Grundversorgung gewährleistet werden. Begriffe wie „Eigenverantwortung“, „Eigenversorgung“ und „Eigenbeteiligung“ wurden eingeführt und erlangten eine führende Rolle. Begriffe wie „Sozialschmarotzer“ für hilfebedürftige Menschen begleiteten die Debatten¹⁷⁴.

¹⁶⁹ Vgl. Galuske 2002, S. 107

Michael Galuske sieht eine weitere Ursache für diese Entwicklung aber auch in den Erfahrungen, die in der Praxis der Gemeinwesenarbeit gemacht worden sind. So erwies sich das Ziel die benachteiligten Menschen und ihre Selbsthilfepotentiale zu aktivieren und damit auf eine gesellschaftliche Veränderung hinzuwirken, als unrealistisch. Als Grund hierfür nennt der Autor u. a. die dominierenden Alltagsprobleme der Betroffenen (ebd.).

¹⁷⁰ Ebd., S. 113

¹⁷¹ Schaarschuch 1995, S. 49 [Hervorheb. im Original]

¹⁷² Modifiziert wurde das Gesetz noch einmal 1993 und in der Folge wurden zumindest Teile des Gesetzes völlig neu verfasst. Dieses gilt insbesondere für die Regelung über Zuständigkeiten und Kostenerstattungen (vgl. Mrozynski 1994, S. VIII).

¹⁷³ Aufgenommen wurde die Pflegeversicherung, ebenso wie das Kinder- und Jugendhilfegesetz, in das Sozialgesetzbuch (vgl. SGB XI).

¹⁷⁴ Vgl. Wacha 2001, S. 98 f.

Nach dem Regierungswechsel 1998 stützt die Koalition aus SPD und GRÜNEN unter Bundeskanzler Gerhard Schröder im Wesentlichen die bereits eingeleitete Entwicklung und setzt sie fort. Legitimiert wird die als erforderlich definierte „Neuorientierung des Sozialstaates“, damit, dass die „angeblich [...] sozialstaatliche Bevormundung der neuen Entwicklung der Individualität nicht mehr Rechnung [trage und, *die Verf.*] ebenso wenig [...] den verbesserten Eigentumsverhältnissen der privaten Haushalte in der spätkapitalistischen Gesellschaft [gerecht werde, *die Verf.*]“¹⁷⁵. In der Folgezeit kam es zu erheblichen Kürzungen. Im Arbeitsförderungs- und Sozialhilferecht wurden die Leistungen nun auf „wirklich Bedürftige“ reduziert. Diese Entwicklung geht einher mit Sanktionen und Sperrzeiten für HilfeempfängerInnen. Bisherige Versicherungsansprüche wurden zum Teil abgeschafft (z. B. die Arbeitslosenhilfe) oder aber drastisch gekürzt (etwa in der Krankenversicherung). Dementsprechend gerieten zunehmend Menschen in Not, die zuvor durch Versicherungsansprüche Absicherung erfuhren. In der sozialen Arbeit selbst kam es zu einer Ökonomisierung¹⁷⁶.

Zum Ende der 1990er Jahre ist festzustellen, dass immer mehr Menschen zu den AdressatInnen von Sozialarbeit und Sozialpädagogik gehören. Nach Thomas Rauschenbach können potentiell alle Personen zumindest vorübergehend zu der Klientel von Sozialarbeit zählen¹⁷⁷. Andreas Schaarschuch spricht von einem Prozess gesellschaftlicher Normalisierung, welchen die Sozialpädagogik durchläufe¹⁷⁸.

Die beschriebenen Entwicklungen, vor allem jene nach der Jahrhundertwende, üben bis in die Gegenwart einen weitreichenden Einfluss

¹⁷⁵ Vgl. Detje/ Hirschel u. a. [Hrsg.] 2001, S. 1

¹⁷⁶ Vgl. Wacha 2001, S. 99

Zur Bedeutung und Konsequenz dieser Entwicklung für die soziale Arbeit und andere Institutionen vgl. insbesondere Kapitel 2. 3 ff.

¹⁷⁷ Vgl. Rauschenbach 1999, S. 261

¹⁷⁸ Vgl. Schaarschuch 1999, S. 57

auf die soziale Arbeit und ihren weiteren Werdegang aus. Gegebenheiten, die sich seither auf die Ausgestaltung der Sozialarbeit auswirken, stehen nach wie vor zur Diskussion und werden zum Teil kritisiert. Hierzu zählen beispielsweise die der sozialen Arbeit auferlegten Sparzwänge, die Ökonomisierung und die Übertragung betriebswirtschaftlicher Kriterien auf die Träger und Institutionen der sozialen Arbeit¹⁷⁹. Die diesbezüglichen Prozesse sind bis in die heutige Zeit vielschichtiger geworden, haben sich differenziert, sind ausgeweitet worden oder haben sich etabliert. Die mit diesem Werdegang einhergehenden Veränderungen und Auswirkungen für den Beruf, auf seine Rahmenbedingungen, seine Arbeitsinhalte u. a. lassen sich mittlerweile europaweit feststellen¹⁸⁰.

2. 3 Aktuelle Anforderungen und Herausforderungen

Nach der vorausgegangenen Darstellung der Entwicklung von Sozialarbeit von ihren Ursprüngen an bis in die Gegenwart wird es nun darum gehen, aktuelle Anforderungen und Herausforderungen an die soziale Arbeit darzustellen. Es erfolgt eine Beschreibung der Bedingungen, die für die soziale Arbeit von Relevanz sind. Anschließend fokussiere ich auf die institutionellen Gegebenheiten und nachfolgend skizziere ich einige Ziele und Interventionen, die in der Sozialarbeit vorzufinden sind.

¹⁷⁹ Vgl. Kotlenga 2013, S. 18 f.
Zu den neueren Bedingungen und den (möglichen) Konsequenzen siehe insbesondere Kapitel 2. 3 ff.

¹⁸⁰ Vgl. Kotlenga 2013, S. 18